

Arbeiter-Zeitung

Preis: wöchentlich 0,50 M., monatlich 2,25 M., Einzelnummer 15 Pfg.
Durch die Post bezogen monatlich 2,25 M., unter Streifenband 2,50 M.
Einzelgenpreis: Die gebundene Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereinst- und Versammlungsangelegen 6 Pf. Mellemepreis: Die dreizehnbaltige Millimeterzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Nachnahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 16 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 560 39. Postfach 100; Breslau 544, Redaktion Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 238 37. Geschäftsstelle der Redaktion: von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Glatz, Wilhelmstraße 28, Telefon 1065. Grottkow, Luitz 6, Telefon 2384. Geschäftsstelle: von 8-19 Uhr. Geschäftsstand: am Hauptverlagsort, Breslau. — Verlag: Schief. Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau. — Druck: „Reubag“-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Jämmerlichster Ruhhandel!

SPD.-Kapitulation vor bürgerlichen Schul- und Wirtschaftsforderungen

(Eig. Drahtber.) Berlin, 19. Juni.

Noch am Sonntag verkündete das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der Berliner „Vorwärts“, folz: „Man will am Dienstag früh fertig sein!“ Nun, man ist nicht fertig geworden. Und die Kommentare der sozialdemokratischen Blätter zur Regierungsbildung werden immer magerer und kleinlauter. Denn es ist

ein jämmerliches Schauspiel,

das sich vor den Augen der deutschen Arbeiterschaft gegenwärtig in Berlin abwickelt.

In dem sogenannten „Interfraktionellen Ausschuss“, einer Körperschaft von 22 Mann, die über die Regierungsbildung berät, kommt man in dem schmutzigen Kuhhandel nicht einen Schritt weiter. Die SPD.-Presse berichtet, daß man „über Steuer-, sozialpolitische, Wirtschaft- und Wohnungsfragen beraten habe“. Diese Verhandlungen spielen sich so ab, daß

die Bürgerlichen fördern, und die Sozialdemokraten zugehen.

So hat die SPD. nachgegeben in der Frage des Agrarprogramms und der Mittelkandaforderungen. Der Kuhhandel geht gegenwärtig um die Reichsvereineinheitsung und die Verwaltungsreform. Daneben bereitet sich vor eine sozialdemokratische

Kapitulation vor den Schulforderungen des Zentrums.

Die Zentrumspresse teilt nämlich triumphierend mit, daß die Sozialdemokratie mit einer reichsgesetzlichen Regelung der Schulfrage durch die kommende Regierung (d. h. also unter maßgebender Beteiligung des Zentrums!) einverstanden sei und einem Schulgesetz zustimme, das sich auf die Verfassung stützt und die „Wahrung der Religionsfreiheit“ (lies: Pfaffenherrschaft) sichere.

Auch in der Frage der

Umgestaltung der Preußenregierung

weicht die Sozialdemokratie zurück. Morgen, Mittwoch, werden zwischen den preussischen Fraktionen die ersten Verhandlungen stattfinden. Nach Mitteilung der „Berliner Volkszeitung“ wird die Volkspartei die Festlegung eines möglichst genauen Termins und der näheren Umstände (Besetzung der Ministerien) fordern. Ueberhaupt wächst der Appetit der Stresemann-Partei. Sie hat zwei Unterkommissionen eingesetzt, einen für Steuer- und einen für Wirtschaftfragen, die neue Forderungen formulieren sollen.

So befindet sich die Sozialdemokratie in jämmerlicher Defensiv. Sie versucht nun auch ihrerseits ein

„Sofortprogramm“

zu formulieren. Dieses enthält kleine Konzessionen, wie Heraushebung des steuerfreien Minimums auf 140 Mark, eine einmalige Vermögenszuwachssteuer für die Rentnerfürsorge, ein Pensionsgesetz für die Minister (!) und — die Einführung eines Nationalfeiertages am 11. August.

Jedenfalls gehen die Verhandlungen nur ganz schleppend weiter, und die Presse verkündet jetzt bereits, daß vor Ende der Woche (!) eine Beendigung der Regierungsbildung nicht zu erwarten sei.

Der Hohn der Bürgerpresse

Warum fordert die SPD. kein Wirtschaftsressort?
Der Panzerkreuzer wird gebaut

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ von Stresemann, verhöhnt die SPD.-Führer durch folgende Ausführungen:

„... daß eine Partei (SPD.), die ihren Aufstieg vor allem wirtschaftspolitischen Agitation verdankt, außer dem Reichsfinanzministerium nicht ein einziges Ressort mit wirtschaftlichem Einfluß beansprucht. Es liegt darin das Eingeständnis der eigenen Schwäche. Die Sozialdemokratie mag es nicht, ein Amt wie das Reichsfinanzministerium zu übernehmen, weil sie fürchtet, daß ihre Anhänger ihr in Scharen weglassen werden, wenn ihr die Verantwortung für die Schlichtung der Lohnfragen und die Sozialpolitik zukommt.“ (!)

Andererseits macht die „D.Z.“ gar kein Hehl daraus, daß man den Forderungen der SPD.-Führer nicht weit entgegenkommen wird, und sie sich mit wenigem zu begnügen haben. Sehr interessant sind in dieser Hinsicht die Äußerungen der „D.Z.“ zur Forderung der

SPD.-Führer, einen bestimmten Einfluß auf die Reichswehr zu bekommen. Die „D.Z.“ schreibt:

„Was schließlich die Frage der Reichswehr betrifft, so liegt unseres Erachtens kein Anlaß vor, sie jetzt von seiten der bürgerlichen Parteien in den Vordergrund zu schieben. Die Stellung des Reichswehrministers Groener ist unbestritten (!). Die Forderung der Linken nach einem Staatssekretär übersieht die Tatsache, daß die Chefs der Heeres- und Marineleitung ja die Staatssekretäre des Reichswehrministers sind. . . In den Fragen des Heeres und der Marine gibt es Grenzen des Entgegenkommens (!). Der Panzerkreuzer wird unbedingt gebaut werden, und wir glauben nicht, daß es zweckmäßig ist, darüber heute viele Worte zu verlieren. Gewiß wird ein Zeitpunkt kommen, wo evident wird, daß zwischen den Koalitionsparteien unüberbrückbare Gegensätze gerade in den Wehrfragen bestehen. Deswegen aber braucht die jetzige Kabinettsbildung nicht zu scheitern. Heer und Marine sind stark genug, und dem politischen Tagesstreit genügend entzogen, um ohne jede Gefahr für ihren inneren Bestand, für ihre Disziplin und ihren weiteren Aufbau auch unter einer sozialdemokratischen Kanzlerschaft sich fortzwickeln zu können. Man darf abwarten, ob bedrohliche Einflüsse sich geltend machen. Der jetzige Reichswehrminister und der Oberbefehlshaber der Wehrmacht werden dafür Sorge tragen, daß in dieser Beziehung Gefahrenmomente nicht entstehen (!).“

Massenentlassungen im Ruhrbergbau

Essen, 19. Juni. (Eig. Drahtber.) Die Massenentlassungen auf den Zechen nehmen großen Umfang an. Auf der Zeche „Unser Fritz“, Redlinghausen, ist 1000 Bergleute gelündigt worden. Auf der Zeche „Schlagel und Eisen“ sollen 1200 Mann entlassen werden. Auf „General Blumenthal“ circa 650, auf „Waltrop“ 200 Bergarbeiter. — Die Verlängerung des Heberichsichtensabkommens durch Gufemana hat also für Tausende von Bergarbeitern die entsetzlichen Folgen.

Schlesischer Städtetag in Glogau

Die Politik des Reichsfinanzministers „bölliger Unzug“ — Kommunale Entschließung abgelehnt
Kommunale Rationalisierung empfohlen

Die diesjährige Hauptversammlung des schlesischen Städtetages fand am 15. und 16. Juni in Glogau statt. Die weisse Zeit wurde durch die von der Stadt Glogau übernommene Grotis-Bewirtung ausgefüllt. Die Kommunisten hatten es vorgezogen, während dieser Zeit mit den dortigen Mitgliedern proletarischer Organisationen Fühlung zu nehmen.

Die Hauptversammlung wurde durch Oberbürgermeister Dr. Wagner-Breslau eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache glaubte er nochmals die Abdrosselung der kommunalen Anleihenwirtschaft betonen zu müssen. Er vergaß aber zu sagen, daß seit dem außerordentlichen „Städtetag“, der im November vorigen Jahres in Breslau stattfand, und wo er in einem besonderen Punkte sich scharf gegen die Abdrosselung wandte, keine Veränderung zugunsten der Kommunen eintrat. Vor allem begrüßte er die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, gerade diejenigen, die als Aufsichtsorgane der kapitalistischen Republik, die kommunalen Selbstverwaltungsrechte, wo solche noch vorhanden sind, mit Füßen treten. Es folgte die Wahl von sechs weiteren Vorstandsmitgliedern. Die kommunistische Fraktion schlug vor, den Genossen Stadtrat Valzer-Beuthen OS., der nicht mal die Unterstützung der Sozialdemokraten fand. Gegen die Ernennung des Oberbürgermeisters a. D. Neugebauer-Oppeln zum Ehrenmitglied sprach Genosse Paris. Er führte aus, daß Oberbürgermeister Neugebauer während seiner Amtstätigkeit niemals etwas für die wertvollen Schichten der Sozialdemokraten getan hat. Nach dem geschäftlichen Teil referierte der Präsident des Deutschen und Preussischen Städtetages Dr. Muler über das Thema: „Brennende Fragen der deutschen Kommunalpolitik“. Eine Vorlage des Reichsfinanzministers, die demnächst dem Reichstage vorliegen wird, welche die monatliche Rechnungslegung der Kommunen verlangt, wurde vom Referenten als „bölliger Unzug“ bezeichnet. Dann klagte man über das wenige Verständnis bei den Reichsministern für die Kommunen und glaubte dies mit der „weiten Ent-

fernung“ zu entschuldigen. In der Zukunft müßte mehr Fühlung mit dem Reichsinnenministerium (Zuruf von den Kommunisten — mit Sebering!) und den Gemeinden bestehen. Durch die Schaffung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes mit seinen Verschlechterungen, ist eine Mehrbelastung für die Kommunen entstanden. Die Wohnungsfrage müsse durch die neuen Parlamente gelöst werden. An eine bessere Gestaltung des Reichsfinanzausgleiches im Interesse der Kommunen sei vorläufig nicht zu denken. Die Kommunen müssen auch rationalisieren. (Abbau der oberen Bürokratie mit ihren Zehntausenden von Mark an Gehältern ist natürlich hierbei nicht gemeint).

Stadtverordneter Genosse Paris-Pindenburg nahm als einziger gegen die Ausführungen Stellung. Die vom Reiche betriebene Finanzpolitik war und wird auch in der Zukunft eine gegen die Kommunen gerichtete sein, daran wird auch eine Reichsregierung mit Sozialdemokraten nichts ändern. Den Forderungen der Schächts als Finanzkönig der deutschen Bourgeoisie und der wirtschaftlichen Spitzenverbände trägt die Regierung Rechnung. Die Kapitaloffensive gegen die Soziallasten und gegen die kommunalen Betriebe geht verschärft weiter. Wenn man von kommunaler Rationalisierung spricht, so wird sie sich in denselben Bahnen bewegen, wie die in den kapitalistischen Betrieben, nämlich auf Kosten der breiten Schichten. Gegen diese Politik werden die Kommunisten in den Kommunen hart Front machen. Man faßelt von wenig Verständnis, daß man bei den Reichsministern findet. Wir sagen, das gleiche gilt auch für Preußen. Wenn der Reichsfinanzminister hier wäre, da hätte der Referent seine Politik nicht als „bölliger Unzug“ bezeichnet, sondern man hätte ihn herzlich begrüßt. Deswegen sind solche Worte nicht erst zu nehmen. Die Politik in der Frage des Wohnungsbaues und des Mietergesetzes hat schlimme Auswirkungen für die Kommunen gehabt. Ein jeder proletarische Mieter denkt an die „Hirtenserei“ mit einem Unbehagen, da weitere Verschlechterungen in der Lebenshaltung bei diesen Schichten eintreten müßten. Die sozialen Lasten werden steigen, das schon ein Nachlassen der Konjunktur bemerkbar macht. Das Heer der Arbeitslosen, vor allem der Krisenunterstützten, wird infolge

An unsere Leser!

Die neue **Zenerungswelle**, die jetzt auf allen Gebieten zu spüren ist, geht auch an der Zeitung nicht spurlos vorüber.

Seit der letzten Festsetzung des Abonnementpreises der „Arbeiter-Zeitung“ wurden erhöht:

1. Die **Druckpreise** (mehrere Male!)
2. Das **Porto**
3. Der **Umfang der Zeitung** (Wochenausgabe!)

Außerdem steht eine **Papierpreiserhöhung** nicht bevor. Wir erhalten keine Staats- und Varmatgelber. Wir sind ein Arbeiterorgan

Deshalb ist der Verlag leider gezwungen, eine Erhöhung des Abonnementpreises vorzunehmen

Die „Arbeiter-Zeitung“ wird in Zukunft kosten:

- Für Schlesien 0,60 M. wöchentlich.
- Für Oberschlesien 1,30 M. halbmonatlich.
- Für Postbezugsler 2,50 M. pro Monat.
- Unter Streifenband 3,00 M. pro Monat.

An alle Leser, Freunde und Genossen richten wir die Bitte, ihrem Kampforgan die Treue zu wahren.

Der Verlag

der letzten Verhandlungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz gewaltig ansetzen und seine Auswirkungen auf die Kommunen haben. Von Selbstverwaltung im eigentlichen Sinne des Wortes kann überhaupt nicht gesprochen werden. Die staatlichen Aufsichtsbehörden, die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten usw. sorgen schon dafür, daß die Kommunalpolitik sich im Rahmen der Reichs- und Länderpolitik bewegt.

Nachstehende Auszüge aus der Entschließung, die gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt wurde, bringt ihre Stellung zur Reichs- und Länderpolitik und ihre Forderungen, die im Interesse der Gemeinden liegen, zum Ausdruck.

Entschließung

Die Kommunalpolitik wird durch die Reichs- und Landesgesetzgebung auf das äußerste beeinträchtigt. Die Reichs- und Länderpolitik, die von der Schwerindustrie und von der Hochfinanz bestimmt wird, ist eine Politik, die sich absolut gegen die Träger der Gemeinden, gegen die arbeitende Bevölkerung und gegen die Gemeinden selbst richtet. Neue Ausgaben werden den Gemeinden aufgebürdet und auf der anderen Seite den Gemeinden die Einnahmequellen geraubt. Die Finanznot der Gemeinden ist die Folge der Reichsfinanzpolitik. Seitdem die Steuerhoheit auf das Reich übergegangen und vor allem den Gemeinden nur ein beschränkter Rest steuerlicher Selbstständigkeit geblieben ist, geht die Tendenz der Reichsfinanzpolitik dahin, alle verfügbaren Mittel zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems zu verwenden, sei es durch Ausbau und Stärkung des Machtapparates, sei es durch umfangreiche Subventionierung der wichtigsten Kapitalgruppen. Diese Tendenz wurde und wird immer mehr bis zur völligen Opferung der Arbeiterklasse und der kleinen selbständigen Erwerbstätigen verschärft. Die Abhängigkeit der Gemeinden von der Reichsfinanzpolitik hat naturgemäß seine schärfsten Auswirkungen auf die Gemeindehaushalte. Gerade die Gemeinden sind ja, wiederum durch die Reichsfinanzpolitik, immer mehr zu den Trägern der Wohlfahrtsausgaben geworden. Das Reich denkt aber gar nicht daran, den Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben durch erhöhte Ueberweisungen zu ermöglichen.

Die Möglichkeiten, im Gemeindehaushalt das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen, sind sehr beschränkt. Im Grunde sind es zwei Steuerarten, auf die die Gemeinden angewiesen sind, und zwar ist es die Grundvermögenssteuer für bebauten Grundstücke und die Gewerbesteuer, die mit zu den unsozialsten Steuern gehören, da sie auf die breiten Schichten der Bevölkerung abgewälzt werden. Der Versuch einer sozialen Staffelung der Grundvermögenssteuer ist an dem Einbruch des sozialdemokratischen Innenministeriums gescheitert.

Die Republik kann ihr gegebenes Versprechen: „Jede in Deutschen eine gesunde Wohnung“, nicht halten. Kommunalisierung des Wohnungsbaus ist die dringendste Aufgabe der Kommunen, um Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit zu mildern.

Um die Finanznot der Gemeinden zu beseitigen und dadurch ihnen die Möglichkeit der Durchführung der ihnen vom Reich und Preußen übertragenen sozialen und kulturellen Aufgaben zu ermöglichen, ist notwendig:

1. Die Einstellung aller Zahlungen und Renten an die ehemaligen Fürstentümer und Landesherren. Einziehung aller dynastischen Vermögen sowie der hohen Pensionen für Generale und Minister der Monarchie. Ueberweisung dieser Mittel den Kommunen.

2. Aufhebung der Liebesgabenpolitik; Rückzahlung der Milliardensummen, die an Finanzkapital, Industrie und Großagrarien als Zuschüsse oder Kreditgewährungen gegeben wurden.

3. Streichung aller Aufwendungen für den Gewaltapparat der Großbourgeoisie: Reichswehr, Marine, Polizei, Fern-, Spitzelapparat und Straßjustiz.

4. Solange die Hauszinssteuer erhoben wird, rechtliche Ueberweisung derselben an die Kommunen zur Förderung des Wohnungsbaus.

5. Den Ländern vom Auskommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer 90 v. H. zu überweisen mit der Verpflichtung, die Mehrüberweisung den Gemeinden zuzuführen. Das Recht der Gemeinden zur selbständigen Erhebung von Zuschlägen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer für die großen Einkommen.

Die bisherigen Regierungen waren Beauftragte der bestehenden Klasse und ihre Politik war eine antisozialistische. Die Arbeiterklasse ist sich völlig klar, daß auch in der Zukunft, wenn Sozialdemokraten in der Reichsregierung sitzen, die gleiche Politik betrieben werden wird. Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung kann und wird die sozialen und kulturellen Fragen lösen.

Die Sozialdemokraten schicken den Oberbürgermeister Murrmann die Bunte Post, der im zunehmenden Sinne zum Referat

von Dr. Murrmann. Dieser Kapitalistrecht richtete einen Appell an die „schlechte Wirtschaft“, nämlich an die Besitzer der Gruben, Güten und an die Großgrundbesitzer, und verlangte mehr Verständnis für kommunale Fragen. (Sozialdemokratische Arbeiter, merkt euch diese Schmelzwerke!)

Im Schlußwort solidarisierte sich Murrmann mit den Ausführungen des Sozialdemokraten Murrmann und betonte, daß er es nicht besser sagen könnte. In den Ausführungen unseres Genossen jag

Vor dem Abschluß des Schachtprozesses

Das Urteil wird am 2. Juli gefällt.

Rowno, 18. Juni.

Wie aus Moskau gemeldet wird, nähern die Verhandlungen im Schacht-Prozess sich ihrem Ende zu. Von den 33 Angeklagten sind bereits 38 vernommen. Es wird damit gerechnet, daß der Staatsanwalt etwa am 26. Juni seine Anklagerede halten wird und das Urteil dann am 2. Juli gefällt wird.

Tromsø, 18. Juni. Das Flugzeug „Latham“ mit Gullbaut und Amundsen an Bord, ist um 4 Uhr nachmittags bei schönem Wetter abgeflogen.

Solo, 18. Juni. Ein schwedisches und ein finnisches Flugzeug sind heute nachmittag zum Fluge von Tromsø nach Spitzbergen aufgestiegen.

*

Der weitere Verlauf des Schacht-Prozesses hat im allgemeinen die deutsche bürgerliche Presse zu einer gewissen Zurückhaltung gezwungen — angesichts der karggestellten Tatsachen, insbesondere der Geständnisse Bachtchewers, wagt man es heute nicht mehr, in dem noch vor drei Wochen üblichen Ton von „Tscheta-Märchen“ zu sprechen. Aber diese einfach durch unbequeme, aber nicht zu beilegende Tatsachen erzwungene Veränderung des Tonos bedeutet keine wesentliche Veränderung der Linie. Der „Deutsche Volkswirt“ erhebt sich nun nicht mehr über den Prozess als solchen — aber dafür über die der deutschen Industrie zugefügte „Beleidigung“, die in der Behauptung liegt, daß Deutschland schlechtere Maschinen nach Rußland geliefert habe als beispielsweise England. Und er führt ein Argument an, das allerdings sachlich gegen die Qualität der deutschen Maschinen spricht: nämlich die Bedingungen der von englischen Maschinenfabriken an Rußland gewährten Kredite, die für Rußland wesentlich ungünstiger sind, als die des deutschen 300-Millionen-Kredites. Es liegt nahe, anzunehmen, daß unter diesen Umständen irgendwelche Gründe vorliegen, die die Russen veranlassen, trotz geringerer Kreditierung englische Maschinen zu kaufen — aber der „Deutsche Volkswirt“, der als Sprachrohr der führenden deutschen finanzkapitalistischen Kreise eine gewisse Bedeutung besitzt, zieht den entgegengesetzten Schluß: er empfiehlt den Deutschen, auch ihrerseits die Kreditbedingungen für Warenlieferungen an die Sowjetunion zu verschlechtern (von einer Verringerung in der Qualität und im Preise der Waren spricht er natürlich nicht). Daß auf diesem Wege die deutsche Ausfuhr nach der Sowjetunion vergrößert werden wird, glaubt der „Deutsche Volkswirt“ natürlich nicht — aber das ist auch nicht Zweck der Uebung. Und darüber, daß nicht etwa englische Unternehmer in die Lücke einströmen würden — wofür in letzter Zeit gewisse Anzeichen vorliegen — scheint man beruhigt zu sein.

Diese Beruhigung liefert niemand anderem, als die englische Regierung selbst. Johnson Hicks, der Innenminister, hat bei seinen diesmaligen Streifzügen nach Belastungsmaterial gegen die russischen Wirtschaftsorganisationen nach weniger „entdeckt“, als voriges Jahr — nämlich nichts weiter, als daß die englische kommunistische Partei von ihrer russischen Bruderpartei finanzielle Unterstützungen bekommt (was niemals irgendwer geleugnet hat), und daß diese Zusammenhänge sowie jede andere Geldbindung über irgendwelche Bankkonten überwiesen werden müssen. Zusammenhänge mit russischen Staats- oder Wirtschaftsorganen hat nicht einmal Hicks „feststellen“ können. Daß er sich zu helfen weiß, ist klar: in Rußland seien eben alle Dinge, Staat, Partei, Wirtschaft, „de facto identisch“ und ergo füreinander verantwortlich. Auf der Basis dieser Argumentation wird eine neue Verfolgungskampagne gegen unsere englische Bruderpartei — und andererseits eine weitere Erschwerung des privaten Verkehrs einzelner englischer Unternehmungen (die offiziellen Wirtschaftsbeziehungen sind ja seit einem Jahre abgebrochen) organisiert

man vor, zu zweifeln. Auch Schmeigen, Herr Wutert, ist eine Antwort, nämlich die, daß Sie nur Ihre Hilflosigkeit dadurch bestätigt haben.

Dann folgten weitere Vorträge über Materialfragen im Straßenbau usw. Gegen 14½ Uhr wurde die „Arbeitslagung“ geschlossen. Während die bürgerlichen und sozialdemokratischen Delegierten zur „gemeinsamen Mittagsstafel“ gingen, fuhren die kommunistischen Genossen nach ihren Wohnorten zurück.

werden — das ist auch klar, und darauf hat ja eben der „Deutsche Volkswirt“ spekuliert: wenn die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen sabotiert werden, so geschieht es nicht zu dem Zweck, der englischen Konkurrenz Platz zu machen, sondern umgekehrt zu dem, gemeinsam mit der englischen (und französischen, wie De Monzies Artikel) Bourgeoisie die — zunächst wirtschaftliche — Blockade zu organisieren.

Das ist alles klar — weniger klar ist es leider vielen Arbeitern, daß die Sozialdemokratie aller beteiligten Länder genau das gleiche tut. Auf Johnson Hicks „Enttarnungen“, die ihrem sachlichen Inhalt nach wirklich keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken konnten, antwortete der edle MacDonald mit dem Brustton der Ueberzeugung, indem er die Regierung aufforderte (als ob das noch besonders nötig wäre), alle Zusammenhänge zu veröffentlichen und entsprechende „Schritte zu unternehmen“. — Und auch der „Daily Herald“, das zeitweise etwas radikal tuernde Organ der Arbeiterpartei, solidarisiert sich sachlich mit dem Angriff der konservativen Regierung auf die R.P.C. und die Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland. Im Grunde tut es ja nichts anderes als der „Vorwärts“, wenn er zu einer Zeit, wo die bürgerliche Presse in ihren Kommentaren zum Schacht-Prozess sehr vorsichtig geworden ist, munter weiter ins alte Horn bläst. Und im gleichen Augenblick hält der Vertreter der polnischen Sozialdemokratie im Sejm eine Rede, in der er weitere polnische Rüstungen für notwendig erklärt: erstens wegen der Gefahr des deutschen Nationalismus, der noch nicht tot sei, zweitens wegen des Bestehens faschistischer Diktaturen (worunter er natürlich nicht die polnische, sondern die litauische versteht) — und drittens wegen der russischen Rüstungen und der bolschewistischen Gefahr. Kein polnischer Nationalist allerechtester Färbung hätte irgend etwas anderes sagen können. Kann ein vernünftiger Mensch unter diesen Umständen daran Zweifel haben, wo die internationale Sozialdemokratie im Augenblick der Katastrophe stehen wird?

Blutige Kämpfe im griechischen Zabarbeiterstreik

Allen Meldungen aus Griechenland zufolge hat sich der Zabarbeiterstreik auf eine ganze Anzahl von Orten und einige Inseln ausgebreitet. In Kavalla soll der Generalstreik ausgebrochen sein, auch in einigen anderen Orten, wie in Saloniki hat neben den Zabararbeitern auch eine Anzahl von anderen Berufsgruppen, wie Hafenarbeiter und Eisenbahner, die Arbeit niedergelegt und an die Regierung ultimative Forderungen gestellt. Die Letztere will die Reformisten einberufen, um die Notstandsarbeiten verrichten zu lassen. Andererseits geht sie bereits mit den brutalsten Maßnahmen gegen die Streikenden vor. Nach unbestätigten Meldungen soll es in Drama bei Zusammenstößen bereits 30 Tote und 100 Verwundete gegeben haben. Im Piräus sollen von den Streikenden Barrikaden errichtet worden sein, und erst nach Heranziehung von Militärs sei es möglich gewesen, den Widerstand der Streikenden zu brechen. Auf der Insel Lesbos haben sich die Matrosen von drei Kriegsschiffen den Streikenden angeschlossen. Der Kreuzer Amerom ist zur Bekämpfung der Meuterer von der Regierung nach dem Piräus beordert worden. Im ganzen Lande finden Massenverhaftungen von kommunistischen Führern statt.

Nach dem Prozeß Ausweisung Bela Kuns

Wie aus Wien gemeldet wird, soll Bela Kun nach durchgeführter Verhandlung ausgewiesen werden. Ungeläch hat die Wiener Regierung mit der Berliner Regierung vereinbart, daß der Genosse Bela Kun im Flugzeug (?) von Wien nach Berlin und ohne Aufenthalt auf ein Schiff nach Rußland gebracht werden soll.

PASSAGIERE
DER III. KLASSE Roman
von Kurt Klüber

„O!“ sagte der Amerikaner, „und dich angelehnte Absehung gegen alles Sozial- oder Sozialistische geht sogar so weit, daß der Amerikaner auch allen Verträgen einer Verstaatlichung der großen Industrien und der Eisenbahnen schief entgegensteht. Aber nicht bloß der Kapitalist, der ja einen guten Grund dazu hätte, hat gegen das Fortschreiten seiner Verdienstmöglichkeiten zu wehren. Nein, noch härter und gegen jede antikolonialistische Wirtschaftsform gepöppelt Arbeiter und Gewerke.“

17 und 18 zum Beispiel,“ der Amerikaner lächelte, „als die Eisenbahnen unter staatliche Kontrolle und Oberaufsicht kamen und sich im Senat einige Männer für die gänzliche Verstaatlichung der Eisenbahn ausgesprochen, waren es nicht nur die für ihre Einnahmen sitzenden Eisenbahnkompanien, die alles taten, um diese Verstaatlichung zu verhindern, der Eisenbahner protestierte genau so laut gegen die Verstaatlichung. Und als das nichts half, eine den Kontrollierenden Staatsbeamten deswegen das Unrentable einer Eisenbahn gezeigt und bewiesen werden sollte, mußten die Kompanien ihre Arbeiter gar nicht erst zu einer gemeinsamen Sabotage anfordern. Sie sabotierten selber in der ganzen Zeit, wo sie unter staatlicher Kontrolle standen und Staatsarbeiter waren, und es war erwartungsgemäß, was sie in diesen Jahren launisch und heimlich bewerkstelligten.“

Die Kompanien haben natürlich ihren Zweck erreicht. Der ganze Staat weiß heute, daß eine Verstaatlichung der Eisenbahn nicht nur die Eisenbahnunglücke erhöhen würde, sondern auch im höchsten Grade unrentabel ist. Warum?“ der Amerikaner lächelte lauter, „das ist allerdings dem Senat und auch dem gewöhnlichen Bürger nicht ganz klar geworden; da es aber durch den Versuch und die nachfolgende Statistik bewiesen wurde, kann wohl die Tatsache nicht bezweifelt werden.“

Der Belgier und der Franzose stimmten mit in das Lachen des Amerikaners ein. Auch der Russe lächelte. Nur dem Deutschen mußte die Geschicklichkeit des Amerikaners nicht gefallen haben oder in das Hirc gelacht sein; er blähte sich auf und trübte die Lachenden gütig an: „Ich möchte wissen, wo der Arbeitseifer bleibt,“ sagte er, „wenn

ihre Waren alles verstaatlichen und sozialisieren wollen. Und weswegen ehehliche Kerle, die sich nicht ihr ganzes Leben im Dreck und in den Vorstädten herumtollen wollen, sich mühen sollen, wenn sie nicht erst Reiz und später Geschäftsführer werden können.“

Und meint ihr gar,“ der Deutsche wurde hitziger, „ein amerikanischer Bürger, der sich 40 Jahre geschunden hat und nun in einem gutgehenden Shop oder in einer kleinen Fabrik sitzt, würde sich morgen oder übermorgen von euch sozialisieren lassen? Und glaubt ihr vielleicht, Ford und Morgan haben ihre Dollars nur gemacht und gesammelt, damit sie einmal verteilt oder verstaatlicht werden? Dummköpfe sind das, die so etwas predigen oder darauf hoffen.“

Er redete seine Arme, „Verdienst und Gewinn müssen sein,“ sagte er dazwischen, „wenn Amerika weiter das beste und tüchtigste Land der Welt sein soll. Und“, er zog seine Arme wieder nach unten und schlug sie klatschend auf den schweppernden Bauch, „solange unter der Faust der Bürger der Vereinigten Staaten noch ein amerikanisches Herz schlägt, werden sie auch die Grundpfeiler unserer Nation bleiben.“

Euch Sozialisten und Anarchisten, euch Tramps und Bolschewits, euch Vaterlandsverräter und unpatriotisches Gefindel“, er sah den Amerikaner und den Schotten, den Dänen und den Franzosen mit lugeligen, sonderbar nach außen quellenden Augen an, „solten aber sobald wie möglich der Teufel und die Polizei holen.“

XXI.

Die Männer wollten dem belfernden Deutschen an den Krügen bevor sie ihn lassen konnten, trat der Steward in den Raum. Er läutete zum Abendessen.

„Fettbauch! Verdammter, elender Fettbauch!“ schrie der Krumme dem sich eilig hinter den Steward Flüchtenden nach.

Die anderen riefen und schrien mit. Der Deutsche hob seine ängstlich schwallberrnden Bauch und seine biden, warhigen Beine und lächelte weiter.

„Wir haben Zuwachs bekommen!“ sagte der Steward und blieb vor dem Belgier stehen.

„Zuwachs?“ Der Belgier sah den Steward ungläubig an.

„Ja“, nickte der Steward. „Hinten in der letzten Kabine liegt eine Polin. Sie hat diese Nacht geboren.“

„Geboren?“ Der Amerikaner war noch ungläubiger als der Belgier.

Der Steward lächelte, als er die erpauerten Gesichter der Männer sah. „O!“ rief er, „das ist nichts Seltenes. Wir haben beinahe auf

jeber Fahrt eine Frau, die uns unterwegs einen Passagier beschert.“

„Ja!“ Der Steward hob seine Lippen nach unten. „Den Mann und die beiden Kinder haben die Amerikaner behalten. Die Frau hat ihnen wohl nicht gefallen. Es kann aber auch sein, daß ihr irgend etwas gefehlt hat!“

„Und in diesem Zustand jagt man sie zurück?“ Der lange Engländer stellte sich mit aufgerissenen Augen breitbeinig vor den Steward.

Der Steward lächelte härter und ließ seine Zähne sehen. „Die Beamten von Ellis Island leisten sich noch schlimmere Sachen“, antwortete er. „Diesmal ist es ja auch gutgegangen. Im September wurden uns aber drei Italienerinnen aufs Schiff gebracht, die bereits nicht mehr steifen konnten. Dabei war Sturm gemeldet, und unser Kahn schaukelte schon vor Long Island wie eine Badewanne. Es ist nur eine von den dreien lebendig bis Boulogne gekommen. Die beiden anderen haben wir mit den Säuglingen am dritten Tag ins Wasser lassen müssen!“

„Das ist heute möglich und in Amerika?“ Der lange Engländer war ganz blaß geworden.

„Das und vieles mehr, besonders, wenn es sich um arme Teufel handelt!“ rief der Steward zurück. Er ging langsam nach der Tür und stieg dann wieder nach unten.

Auch die Männer brachen auf. Der Belgier, der Däne und er Franzose zuerst.

„Als ich herüberkam,“ zischte der Franzose dem Dänen zu, „passierte übrigens etwas Ähnliches. Ich habe das Ende durch Briefe erfahren. Aber die ganze Geschichte war schrecklich!“

Ich fuhr mit 17 französischen Familien zusammen,“ hüpfelte er am Tisch weiter und schob sich dabei Brot zwischen die Zähne, „und als wir in Ellis Island ausgemustert wurden, stellten sie fünf von den Frauen auf die Seite. Erst wußte noch keiner von uns, was das bedeuten sollte; als man die Frauen aber plötzlich hinter ein großes Drahtgitter steckte und wir selber in einen anderen Raum transportiert wurden, ahnten wir, daß wir die Frauen nicht gleich wiedersehen würden.“

Der Franzose hustete auf. „Die fünf Frauen mußten zu gleicher Zeit dasselbe gespürt haben, denn sie fingen fürchterlich an zu schreien. Es mußte ihnen nur nichts, und wie wir hörten, kamen sie noch in derselben Nacht auf ein Schiff, das zurück nach Europa fuhr!“

(Fortsetzung folgt.)

Berantwortlich: Für den vollständigen Text: Kurt Klüber, für die Illustrationen: Kurt Klüber. — Druck: Kurt Klüber, für die Druckerei: Kurt Klüber, für die Druckerei: Kurt Klüber. — Für den obersten Teil: Theodor Keller, Leipzig. — Für den untersten Teil: Kurt Klüber, Leipzig.

Schiebung im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband

Einem der Rechtfertigungsmittel der Reformisten bei Ausschüssen von Kommunisten aus der Gewerkschaft ist das Statut. Wie im kapitalistischen Staate die Gewerkschaft die Arbeiterklasse angewandt werden, so auch das Statut nur gegen oppositionelle Kollegen. Bei Gewerkschaftstagen müssen die Reformisten trotz Mehrheit eine heillosen Angst vor den Oppositionellen haben, denn alles wird versucht, um die Opposition auszuschalten. Vor der Gaulonferenz am 6. Mai der ober-schlesischen Gemeinde- und Staatsarbeiter wurden gegen kommunistische Delegierten Ausschlußverfahren eingeleitet. Der Grund hierfür ist erst nachher klar geworden. Unter anderem wurde auch zu dem am 6. August in Köln stattfindenden Verbandstag Stellung genommen. Durch einen Gaunertrick wurde der Delegierte von Oberschlesien vorgeschlagen und gewählt. Das Statut besagt zwar im § 39, daß die Wahl der Delegierten in Urwahl geschehen soll, aber wenn nur ein Vorschlag ist, derselbe ohne Wahl als gewählt gilt. Nun, dort bei der Gaulonferenz ließen sich die Kollegen ein, und Kollege Miwa domski (SPD) aus Ratibor erhob gegenüber dem Vorschlag, einen Doppelner Kollegen zu entsenden, das Recht zum Verbandstag für sich in Anspruch. Zu einer Wahlvorbereitung ist es in Oberschlesien nicht gekommen. Die gesamte ober-schlesische Mitgliedschaft ist um eines ihrer wenigen Rechte im Verbandsrat beraubt. Die Fälligkeiten sind so besetzt, daß die freie Mitgliedschaft fast gar nichts über die Vorgänge in der Organisation erfährt und keine Stellung nehmen kann.

Kollegen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, laßt euch diese Schiebung, diese Vergewaltigung durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie nicht gefallen. Nehmt in den Betrieben, in den Filialen bagegen Stellung. Verlangt, daß aller Schiebung zum Trotz ein oppositioneller Kollege als Kandidat zum Verbandstag aufgestellt wird und daß eine Urwahl vorgenommen wird. Kollegen, wir werden euch an dieser Stelle in den nächsten Tagen noch weiteres mitteilen.

Kumpenpad

In der Nummer des sozialdemokratischen „Vollblattes“ vom Sonntag findet man einen Artikel, in welchem K o l k über einer seiner Kumpen (Redakteure kann man diese nicht nennen) sich zur Aufgabe macht, die Polizei vor den Angriffen des „Arbeiter-Zeitung“ zu schützen. Insbesondere ist das sozialdemokratische „Vollblatt“ darüber aufgebracht, daß unserem Genossen J e n d r o s h der Schutz des Artikels 37 der Verfassung zur Verfügung steht, der nicht ohne weiteres die Einleitung eines Strafverfahrens gegen einen Abgeordneten erlaubt. Der Artikel schließt: „Wenn die kommunistische Presse weiter in dieser wenig anständigen Weise gegen Staatsbehörden lästert, dann wird sie sich

auch nicht wundern und nicht entrüsten dürfen, wenn sie von der übrigen Presse und den Behörden nach Verdienst eingeschätzt wird.“ Dieser Satz offenbart die vollständige Verfaulung des „Vollblattes“. Es legt Wert darauf, von den Behörden des kapitalistischen Staates und von der kapitalistischen Presse geschätzt und gelobt zu werden.

Die Kommunisten pressen auf die Meinung der Staatsbehörden und der bürgerlichen Presse! Für sie ist nur die Meinung der Werktätigen maßgebend! Deshalb wird auch die „Arbeiter-Zeitung“ ohne Rücksicht darauf, ob der verantwortliche Redakteur ein Abgeordneter ist oder nicht, im Interesse der Werktätigen die Schärfe der Kritik an allen Mißständen und Ueberrissen nicht abschwächen!

Gleiwitz

Achtung, Parteigenossen! Mittwoch, den 20. Juni, 19 Uhr, findet in den „Vier Jahreszeiten“ eine Ortsgruppen-Mitgliederversammlung der Partei statt. Als Hauptpunkt steht auf der Tagesordnung „Die politische Lage und die Aufgaben der KPD.“ Im zweiten Punkt sollen die Arbeiten am Ort besprochen werden. Desgleichen wird zum Landsonntag am 8. Juli Stellung genommen. Wir erlauben um vollständiges Erscheinen. Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.

Konflikt im Gastwirtsgerwebe. Es haben Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des ober-schlesischen Gastwirtsgerwebes stattgefunden, die aber zu keiner Einigung führten, da von Arbeitgeberseite erklärt wurde, daß sie infolge der schlechten Geschäftslage (!) eine Lohnerhöhung nicht bewilligen könnten. Es sollen nun am Mittwoch Verhandlungen vor dem ober-schlesischen Schlichter, Dr. Br a h n, in Gleiwitz stattfinden. Der Streit geht hauptsächlich um die Bezahlung der Ueberstunden.

Für 1200 Mark Rauchwaren gestohlen wurden bei einem durch die Kellerbede vorgenommenen Einbruch in ein Zigarrengeschäft. Außerdem entwendeten die Eindrehler 20 Lotterielose.

Polnischer Besuch im Flughafen. Auf Einladung der Ober-schlesischen Luftverkehrs-AG. besuchten Vertreter der Polnischen Luftliga der Wojewodschaft Schlesien den Gleiwitzer Flughafen.

Beuthen

Vom Förderkorb ersaßt wurde der Maschinenaufseher Otto Bode auf Gräfin-Johanna-Schacht. Er verstarb im Lazarett.

Das gewonnene Auto. Ein Ingenieur gewann in der Rheinlandlotterie ein Maybach-Auto im Werte von 50 000 Mark. Er hat auf das Luxusauto verzichtet und nun 27 000 Mark bar ausbezahlt bekommen.

Ein Schwerverbrecher, dessen Namen man noch immer nicht feststellen konnte, und der wahrscheinlich aus einem polnischen Gefängnis ausgebrochen ist und in Polen einen Raubmord begangen haben soll, ist auch aus dem hiesigen Gefängnis ausgebrochen.

Ratibor

Todesurteil. In den Planierwerken stürzte ein Mann vom Dach des Bläshofengebäudes. Er ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

Oppeln

Freiheit der Hauspasha!

Freiheit ist Trumpf, Freiheit ist alles, so scheinen manche Leute zu denken. Beispiel: Ein Hauspasha begründet seine Forderung auf Mieterhöhung wörtlich wie folgt:

Der Straßenteil, an welchem mein Grundstück gelegen ist, war im Jahre 1914 noch nicht ausgebaut. So sind in dem letzten Jahre mehrere neue Grundstücke gebaut worden. Der Straßenteil, der früher einem Landweg gleich, ist in letzter Zeit um das Doppelte verbreitert und neu asphaltiert worden. Auch die Befestigung des Straßenteils hat in letzter Zeit eine wesentliche Verbesserung erfahren.

Vorstehende Gründe dürften daher genügen, um meinem Antrag auf Höherfestlegung der Mietmieten stattzugeben.

Höher geht nicht mehr! Dafür, daß arme Erwerbslose mit öffentlichen Mitteln in die Lage beretzt werden, einigen Verdienst zu erwerben, wollen einzelne Besitzer sich das Recht auf Mieterhöhung herausnehmen.

Keine Vorteile — verhungern!

Ein Arbeitsloser schreibt uns: Wir Arbeitslose haben noch nie behauptet, daß das Erwerbslosenversicherungsgesetz uns Verbesserungen gebracht hat. Verbohrt Sozialdemokraten, außer denen mit hohem Gehalt, zweifeln auch schon stark an den „Vorteilen“. Durch dieses Gesetz fehlt wahrlich nicht viel vom Verhungern. Am 30. Juni soll die Krise unterstürzt werden. Arbeiten läßt man uns nicht. Von was sollen wir in dieser Republik leben? Die Arbeitsämter mit ihren oft bornierten Geschäftsführern sagen: „Sollen doch die Arbeitslosen auch die schlechtesten Arbeiten annehmen, dann werden sie nicht zugrunde gehen!“ Spieler pflichten diesem bei. Nun hat man als Rationalist schon Erfahrungen gesammelt. Der Arbeitsnachweis vermittelt meistens größere Transporte nach auswärts. Hier wird einem das Maul wässrig gemacht. Bei der Arbeitsstelle angekommen, merkt man erst den Schwindel. Alles Bluff. Man ist dem profligierigen Untermieter ausgeliefert. Kann man bei einem Hungerlohn, schlechten Unterkünften und Arbeitsbedingungen nicht aushalten und kommt man zurück, meistens zu Fuß, so ist eine weitere Unterstützung vier Wochen lang gesichert. In dieser Zeit wovon leben? Der Weg zum Wohlfahrtsamt wird angetreten. Von einem Zimmer ins andere geschickt, wird die Geduld, das Hoffen, auf eine harte Probe gestellt. Endlich werden Lebensmittel verprochen! Doch bald kommt eine neue Misere. Die Fürsorgerin sagt, Lebensmittel haben wir von April bis Oktober nicht. Man erhält eine Sparte ohne Fleisch. Ein paar Mark zum Notwendigsten werden brutal abgelehnt, weil das Wohlfahrtsamt dem Arbeitsamt nicht bei einem Strafverfahren der durch das Gesetz bedingten Sperrzeit in den Rücken fallen kann. SPD, wo ist da eine Verbesserung? Hermann Müller kulhandelt um Ministerseffel, Proleten können verhungern.

Her mit dem Achtstundentag!

Wir veröffentlichen die Wortlaute der von der kommunistischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesetze zu Arbeitszeit, Schlichtung und Arbeitslosigkeit. Wir fordern die Arbeiter und Arbeitslosen auf, in Versammlungen zu diesen Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen und vom Reichstag, insbesondere von der SPD-Fraktion, stirkte zu verlangen, daß diese Entwürfe auf dem schnellsten Wege Gesetzeskraft erlangen.

Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit für alle Lohn- und Gehaltsempfänger

§ 1. Der Maximalarbeitsstag für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten darf täglich 8 Stunden und die wöchentliche Gesamtarbeitszeit 45 Stunden nicht überschreiten.

Ueberschreitungen der 45 stündigen Wochenarbeitszeit sind nur in besonderen Notfällen zulässig und bedürfen der Zustimmung des Betriebsrates und der zuständigen Gewerkschaft. Die Ueberstunden müssen auf die Arbeitszeit des folgenden Tages oder der folgenden Wochen angerechnet werden.

Am Tage vor Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Wochenfreitage, darf die Arbeitszeit 5 Stunden nicht übersteigen.

Die Leistung einer freiwilligen längeren Arbeitszeit ist verboten. Ausgenommen von dieser Regelung der Arbeitszeit sind die unter §§ 2, 3, 4 und 5 angeführten Personengruppen.

§ 2. 1. Für erwachsene weibliche Arbeitskräfte, 2. für Arbeiter, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten, die in außerordentlichem Maße der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub oder Sprengstoffgefahren ausgesetzt sind, wie die Bergarbeiter unter Tage, Arbeiter in der chemischen Industrie, Ofenleute, Glasbläser usw., 3. für die Arbeiter am Fließband, 4. für Arbeiter, die unter dauerndem künstlichem Licht ausgeführt werden müssen, darf die Arbeitszeit 7 Stunden täglich und 38 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

Wieweit die Bestimmungen des § 2 in der Festlegung der Arbeitszeit Anwendung finden, entscheidet der Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft.

§ 3. Für Lehrlinge, Lehrlinginnen, Jugendliche und Arbeiterinnen sowie Angestellte unter 18 Jahren beträgt die Arbeitszeit, unter Einrechnung der Pflichtschulzeit, täglich sechs Stunden und wöchentlich 34 Stunden.

§ 4. Die tägliche Arbeitszeit für alle in landwirtschaftlichen Großbetrieben und Großbauernwirtschaften beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt 8 Stunden, und die Gesamtarbeitszeit darf im Jahre 2400 Stunden nicht überschreiten. Ueberstunden sind nur in den Saat- und Entemonaten zulässig. Sie bedürfen der Zustimmung des Gutrates bzw. Obmannes und der zuständigen Gewerkschaft. Wo kein Gutrat oder Obmann besteht, dürfen keine Ueberstunden geleistet werden. Ueberstunden sind auf die Wintermonate anzurechnen. Die notwendige Sonntagsarbeitszeit zur Viehfütterung wird nicht als Ueberstundenarbeitszeit berechnet, jedoch darf die reguläre Gesamtarbeitszeit, einschließlich der Sonntagsarbeit, pro Woche achtundvierzig Stunden nicht übersteigen.

§ 5. Die Regelung der Arbeitszeit der Hausangestellten und der in der Fischerei, in mittelbäuerlichen und Kleinbäuerlichen Betrieben gegen Lohn Beschäftigten erfolgt durch besonderes Gesetz.

Besondere Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche § 6. Nachtarbeit und Ueberstunden für Arbeiterinnen und Jugendliche sind verboten. Ihre Arbeitszeit muß in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends liegen. Die Arbeitszeit wird bei den Jugendlichen durch eine Gesamtpause von 1 1/2 Stunden unterbrochen.

Arbeiterinnen und Jugendliche dürfen nicht in gesundheitsgefährlichen Betrieben beschäftigt werden.

§ 7. Weibliche Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen drei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft von der Arbeit befreit sein. Schwangere Frauen dürfen im 5. und 6. Monat der Schwangerschaft nicht länger als vier Stunden täglich beschäftigt werden. Für Mütter beträgt die Arbeitszeit bis zu einem Jahre nach der Niederkunft täglich sechs Stunden. Stillenden Müttern ist während der Arbeitszeit zweimal je eine halbstündige Stillpause zu gewähren. Die Unternehmer sind verpflichtet, für die durch die Niederkunft und die Stillzeit bedingte Arbeitsaussetzung den vollen Arbeitsdienst zu zahlen. Entlassungen von Arbeiterinnen dürfen während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf des 12. Monats (Stillzeit) nicht erfolgen.

§ 8. Jede Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren zu Erwerbszwecken außerhalb des eigenen Haushalts ist verboten.

Urlaub

§ 9. Allen Arbeitern, Angestellten und Beamten ist ein mindestens dreiwöchiger Urlaub im Jahre unter Fortzahlung des vollen Arbeitsverdienstes zu gewähren. Für Jugendliche beträgt der Urlaub vier Wochen.

Aufsicht

§ 10. Die Betriebsräte haben innerhalb des Betriebes für die strikte Durchführung der Bestimmungen dieses Gesetzes Sorge zu tragen.

Fort mit der Schlichtungs Guillotine!

Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung des gesetzlichen Schlichtungsweises.

§ 1. Die Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 wird aufgehoben.

Die vor dem Inkrafttreten der Verordnung vom 30. Oktober 1923 bestehenden Schlichtungsausschüsse, Einigungsämter, Innungen usw. (§ 3 des Art. 3 der Verordnung vom 30. Oktober 1923) bleiben aufgehoben.

Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Artikel I.

§ 87 erhält folgende Fassung: „Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat jeder Versicherte im Falle der Arbeitslosigkeit.“

§ 95 erhält folgende Fassung: Die Anwartschaft auf Unterstützung beginnt mit dem Tage der Anmeldung zur Arbeitslosenversicherung.

Erwerbslose, deren Anmeldung zur Versicherung ohne ihr Verschulden unterblieb, erhalten Unterstützung von dem Tage an, an dem der Antrag gestellt wurde.

§ 99 erhält folgende Fassung: Der Anspruch auf Unterstützung endet mit dem dem Eintritt in ein Arbeits- oder Angestelltenverhältnis vorhergehenden Tage.

§ 105 erhält folgende Fassung: Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung ist nach zwei Bier, Gastgebieten gegliedert und innerhalb dieser einheitlich, die beträgt:

a) in Städten mit 10 000 Einwohnern und darüber sowie in Industriegebieten mit häufigen Lebensverhältnissen für den Hauptunterstützungsempfänger 22,— Mark pro Woche, für jeden unter-

Für die Wahrnehmung des Jugend- und Arbeiterinnenschutzes hat der Betriebsrat Vertreter der Arbeiterinnen und Jugendlichen heranzuziehen.

§ 11. Innerhalb von zwei Jahren ist die Arbeitszeit der im § 1 und § 4 angeführten Arbeiterkategorien auf 7 Stunden täglich und 42 Stunden wöchentlich zu verkürzen. Für die im § 2 angeführten Arbeiterkategorien beträgt die Maximalarbeitszeit 6 Stunden täglich und 36 Stunden wöchentlich.

Strafbestimmungen

§ 12. Jeder Verstoß gegen vorstehende Bestimmungen von Seiten der Unternehmer wird mit Gefängnis, im Wiederholungsfall nicht unter 3 Monaten bestraft.

Schlussbestimmungen

§ 13. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Alle Bestimmungen der Tarifverträge, die dem Gesetz entgegenstehen, treten sofort außer Kraft. Des weiteren treten außer Kraft die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt I. S. 124), die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Arbeitszeit vom 17. April 1924 (Reichsgesetzblatt I. S. 416), die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I. S. 66), sowie die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1919/17. Dezember 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 18. März 1919, ferner die Dienstvorschriften für Eisenbahner vom 5. August 1923/20. Dezember 1923 (über die Regelung der Dienstdauer der Beamten) 14. Januar 1924 sowie Gesetz zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 (Reichsgesetzblatt I. S. 109).

haltungsberechtigten Angehörigen 4,— Mark pro Woche. Als Höchst- satz 42,— Mark pro Woche.

b) in ländlichen Gebieten und in diesen Gebieten liegenden Städten unter 10 000 Einwohnern für den Hauptunterstützungsempfänger 20,— Mark pro Woche, für jeden unterhaltungsberechtigten Angehörigen 3,50 Mark pro Woche. Als Höchstsatz 37,50 Mark pro Woche.

Jugendliche unter 17 Jahren erhalten 60 Prozent der Hauptunterstützung; falls sie für den Unterhalt Angehöriger ganz oder teilweise beitragen, werden ihnen die entsprechenden Familienzuschläge gezahlt.

Steigen die Kosten der Lebenshaltung, so sind die Unterstützungsätze um den Hundertsatz zu erhöhen, um den sich der Lebenshaltungsindex erhöht hat.

§ 110: Die Unterstützung wird vom Tage der Arbeitslosmeldung an gewährt.

Volle Unterstützung für die Dauer der Erwerbslosigkeit. Der Reichsarbeitsminister wird beauftragt, an Stelle der am 30. Juni 1928 ablaufenden Verordnung über Krisenfürsorge eine ab 1. Juli 1928 geltende Verordnung über Krisenfürsorge nach folgenden Gesichtspunkten zu erlassen:

1. Arbeitslose, die die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllt haben oder deren Anspruch auf Unterstützung erloschen ist, erhalten ohne Prüfung der Bedürftigkeit Krisenunterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

2. Alle Arbeitslosen, die infolge der gegenwärtigen Bestimmungen keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhalten, werden in die Krisenfürsorge aufgenommen.

3. Die Unterstützungssätze der Krisenunterstützung sind dieselben wie die der Arbeitslosenunterstützung.

Trinkt Engelhardt-Biere Qualität unübertroffen.

84 448

Zentrum
Zigaretten - Zigaretten - Tabake
Gustav Richter, Schmiedebrücke 58

Heinrich Nitsche
Likörfabrik
Brigitteal 7 - Reuschstr. 54

Konditorei u. Café M. Obst
Neue Taschenstr. 1a, Ecke Schweidnitzer Stadtgraben

Ausführes Wurstfabrik
Markthalle Gartenstraße, Stand 14/15

Plissee - Hohlraum - Sticker
D. Arndt, Ohlauer Straße 67, II.

Besucht die
Adlergaststätten

Modchans Tichauer
Kleider- und Mäntel-Fabrik
Schmiedebrücke 42, an der Ursullnerstraße

Herrenhüte / Sportmützen
Niedrigste Preise
Richard Sprung, Ohlauer Straße 68

Germaun Namroth, Nummer 10
Fabrik feinsten Fleisoh u. Wurstwaren

Möbellabrik Max Schreier
Wohnungseinrichtungen u. Einzeimöbel aller Art

Wo kaufe ich meine Ledersohlen
Bei Gutschke - überal empfohlen
ALBERT GUTSCHE

Hitz- und Strohhüte, Mützen
Servatius Böhm
41/42 Schweidnitzer Straße

Gold- und Silberwaren
Parisch
42 - Ohlauer Straße - 42

W. Kelling
Färbt - reinigt - wäscht
Alles für Alle

R. Karsunky & Co.
Möbel
Rosenthalerstraße 2, Ecke Matthiasstraße

Brauerei und Ausschank
„Zur goldenen Marie“
Jnh. G. Hübner, Dreite Straße 30

Gebr. Friedrich
Kfen- und Stahlwaren / Werkzeuge
Kauf- und Küchengeräte

Brauerei und Ausschank
„Zum großen Meerichiff“
Inhaber E. Vogel

Ostdeutsches
Schuhwarenhaus
Schmiedebrücke 20

MÖBEL-BOTTA
gut und billig
Bismarckstraße 20

Dauerwäsche
kaufe nur Ohlauer Straße 67 bei
Georg Friedel, neben Wurstschneider

Bäckerei
Spez.: Rhein-Schwarzbröt
Ed. Hoffmann
Ohlauer Str. 49

Teppiche / Gardinen
Größte Auswahl - Niedrigste Preise
Joh. Spanier & Sohn

Schuhhaus Schäfer
Neue Graupenstr. 7
Billigste Qualitätswaren

Fahrradhaus
Eximius
Reuschestr. 28
Niedrige Kassapreise - Niedrige Raten

HÜTE UND MÜTZEN
Gustav Thater
vorm. Niederlage d. Liegnitzer Hutfabrik

Speise-Eis
Müller
Lauenzienstr. 140

Uhren
Rosenthal
5 Neue Schweidnitzer Straße 5

Möbel-Koch
Bequeme
Teilzahlung
Klosterstraße 14

Zigarren-Haus
Paul Jogwick
Bahnhofstraße 1

Lebensmittel
Kolonialwaren
M. Kricke, Bismarckstr. 17

Kaufhaus Lauenzien, Lauenzienstr. 153
bietet bei jedem Einkauf große Vorteile

Süd
Lebensmittelhand Carl Etzler
Jnh. Rudolf Bremer, Bahnhofstraße 4

Zi-arren
Zigaretten, Tabake
E. Betz
Vorwerkstr. 45

Paul Stenzel
Klosterstr. 15, hpt.
Berufskleidung

Gustav Schmidt, Lauenzienstraße 113
empfehle meine Fleisoh u. Wurstwaren

Estefi Fleischschmidt, Sonnenstraße 10
Lebensmittel aller Art

Hugo Schmidt
Lauenzienstr. 105
Haus- u. Küchengeräte

Speise-Eis
Müller
Lauenzienstr. 140

Albert Kirchner, Vorwerkstraße 46
Glaseri und Bildereinarhmung

Hermann Langer, Gräblicher Str. 23
Reparaturwerkstatt

Milch, Butter,
Eier, Käse
Konrad Finster
Lauenzienstraße 104

Kolonialwaren
Delikatessen
Ernst Weiß
Gräblicher Str. 43

Medizinal-Drogenhaus
H. Vinas :: Ofener Straße 27

Germaun Namroth, Nummer 10
Fabrik feinsten Fleisoh u. Wurstwaren

„Berichtskreisoh“, Jnh. G. Sauer
Gräblicher Straße 259

Speise-Eis
Müller
Lauenzienstr. 140

Bäckerei und Konditorei
Johann Mikosoh, Heinrichstraße 19

Gebr. Friedrich
Kfen- und Stahlwaren / Werkzeuge
Kauf- und Küchengeräte

Geschw. Bauch
Leberhandlung und Schuhbedarf
14 Gräblicher Straße 14

Speise-Eis
Müller
Lauenzienstr. 140

Breslaus bedeutendste Emailieranstalt
für Fahr- und Motorräder

Gebr. Friedrich
Kfen- und Stahlwaren / Werkzeuge
Kauf- und Küchengeräte

Möbel
auf Teilzahlung
L. Rosner
Gartenstr. 3

Speise-Eis
Müller
Lauenzienstr. 140

Carlowitz
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Speziallofen

Gebr. Friedrich
Kfen- und Stahlwaren / Werkzeuge
Kauf- und Küchengeräte

Möbel
auf Teilzahlung
L. Rosner
Gartenstr. 3

Speise-Eis
Müller
Lauenzienstr. 140

Carlowitz
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Speziallofen

Gebr. Friedrich
Kfen- und Stahlwaren / Werkzeuge
Kauf- und Küchengeräte

Möbel
auf Teilzahlung
L. Rosner
Gartenstr. 3

Speise-Eis
Müller
Lauenzienstr. 140

Carlowitz
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Speziallofen

Gebr. Friedrich
Kfen- und Stahlwaren / Werkzeuge
Kauf- und Küchengeräte

Möbel
auf Teilzahlung
L. Rosner
Gartenstr. 3

Speise-Eis
Müller
Lauenzienstr. 140

Carlowitz
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Speziallofen

Gebr. Friedrich
Kfen- und Stahlwaren / Werkzeuge
Kauf- und Küchengeräte

Möbel
auf Teilzahlung
L. Rosner
Gartenstr. 3

Speise-Eis
Müller
Lauenzienstr. 140

Carlowitz
Kolonialwaren :: Lebensmittel
Speziallofen

System Dorpmüller — Ursache der Nürnberger Eisenbahnkatastrophe

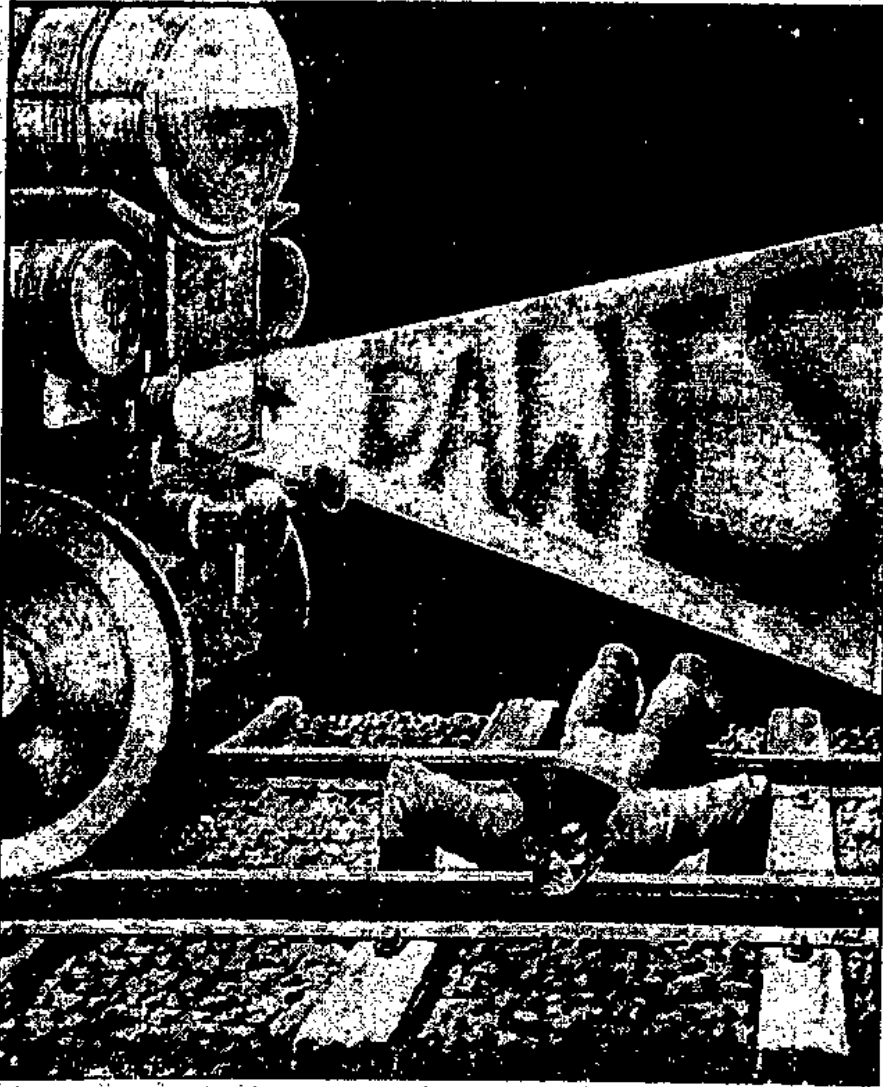
Interpellation im Reichstag

(Eig. Drahtber.) Berlin, 19. Juni

Im Reichstag brachten die Genossen Stocker, Gelske, Meyer (Franken) folgende Interpellation ein:

In schneller Folge häuften sich die Katastrophen bei der Reichsbahn. In der Nacht vom 9. zum 10. Juni 1928 entgleiste der fahrplanmäßige D-Zug 47 München—Frankfurt a. M. in der Nähe des Bahnhofes Siegelshaus bei Nürnberg. Durch die Katastrophe wurden 24 Reisende getötet, ungefähr 12 schwer verletzt und über 100 leicht verletzt.

1. Welche Maßnahmen sind ergriffen, um eine einwandfreie gründliche Erforschung und Untersuchung der Ursachen der Katastrophe zu sichern und durchzuführen?



Der abgebaute Eisenbahner verliert Attentate (Frei nach Dorpmüller)

- 2. Sind der Reichsbahn-Direktion Nürnberg bzw. den zuständigen Dienststellen durch Lokomotiv-, Zugführer oder anderes Bahnpersonal oder durch Privatpersonen Mitteilungen auf dienstlichem oder anderem Wege über die Gefährdung von Bahntransporten an dieser Stelle gemacht worden?
- 3. Welches sind die wahren Gründe, die zu einer Verbreiterung des Damms an der Unglücksstelle führten?
- 4. Sind die Untersuchungen auch in der Richtung der Erforschung der Struktur des Damms besonders geführt worden? Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß das Unglück, ähnlich wie in Wernigerode und Neubrandenburg, auf die Unsicherheit des Damms zurückzuführen ist.
- 5. Ist bei der Auswechslung des Oberbaues nur neues Material verwendet worden?

Ist die Reichsregierung bereit, dafür Sorge zu tragen,

- 1. daß die Bestattung der Toten der Katastrophe auf Kosten der Reichsbahn-N.G. erfolgt;
 - 2. daß die Zahlung von Renten an alle Hinterbliebenen in der Höhe des zuletzt erarbeiteten Lohnes bzw. Gehaltes jedes Toten durch die Reichsbahn-N.G. unter Garantie des Reiches sichergestellt wird;
 - 3. daß die Wiederherstellung der Gesundheit aller Verletzten auf Kosten der Reichsbahn-N.G. und unter Zahlung des durch den Unfall hervorgerufenen Lohn- bzw. Gehaltsausfalls durchgeführt wird;
 - 4. daß bei nicht zu erreichender voller Erwerbsfähigkeit der Betroffenen die Zahlung von Renten in der Höhe des jeweiligen Tariflohnes oder Gehaltsjahres der Arbeiter- und Beamtengruppen, der der Betreffende angehört, vorgenommen wird.
- Wird die Reichsregierung endlich den bisherigen Anträgen der kommunistischen Reichstagsfraktion folgen und für das gesamte Bahnpersonal folgende dringende Verbesserungen der Dienstverhältnisse durchzuführen bzw. ihre Durchführung veranlassen:
- 1. Beseitigung der Dienstdauervorschriften;
 - 2. Einführung des Achtstundentages und der 46-Stunden-Woche;
 - 3. Wiedereinstellungen abgebauter Arbeiter und Beamten und Neueinstellungen von Arbeitern und Beamten unter Mitwirkung der Betriebs- und Beamtenräte zur Befreiung der dienstlichen Überlastung der Reichsbahnarbeiter und Beamten;
 - 4. Gewährleistung der Betriebssicherheit der Reichsbahn durch Löhnung bzw. Gehälter, welche die Dienstfähigkeit des Personals sichern.

SPD. verweigert hungernden Kindern Unterstützung

Dafür bewilligen sie 41 000 Mark Jahresgehalt für Jarres

In Duisburg leisteten sich die SPD-Führer einen besonders niedrigen Schurkenstreich. Am 14. Juni beantragte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion, aus städtischen Geldern zur Unterstützung der hungernden Kinder der Rheinischer der JAH. 500 Mk. zu überweisen. Die SPD stimmte gegen diesen Antrag, der damit abgelehnt war.

In der gleichen Sitzung fordert der reaktionäre Oberbürgermeister Jarres, der berüchtigte frühere Reichsinnenminister aus dem Jahre 1923 eine jährliche Gehaltszulage von 6000 Mark.

Die SPD stimmte für diesen Antrag, der somit angenommen wurde. Dabei bezog Oberbürgermeister Jarres als Bürgermeister bisher schon 35 000 Mark jährlich und hat als Nutznießer an industriellen Unternehmungen ein nicht genau einschätzbares, aber phantastisch hohes Einkommen.

46 Stahlhelmer im Reichstag, 53 im Landtag

„Der Stahlhelm“ teilt mit, daß den Fraktionen des Reichstages insgesamt 46 Stahlhelmer und den Fraktionen des Preussischen Landtages deren 53 angehören. Leider verrät der Stahlhelm nicht, wie sich seine Kameraden im Reichstag auf die einzelnen bürgerlichen Parteien verteilen, damit man ein Bild gewinnt, wieviel Stahlhelmer in der kommenden Großen Koalition vertreten sind. Bisher ist ja nur bekannt, daß in der Volkspartei sich eine Reihe von Stahlhelm-Mitgliedern befindet.

Ozeanflugrummel unter Reichsbannerbeteiligung

Die „Welt am Abend“ läßt sich aus Bremen melden, daß zum Empfang der Ozeanflieger außerordentlich viel auswärtige Gäste nach Bremen gekommen sind. Die ganze Stadt ist geschmückt, insbesondere mit vielen bayrischen Wappen und Wappen von Fr.

Can b. Wie bereits bekannt, wird sich an den Empfangsfeierlichkeiten, die morgen in Bremen stattfinden, außer dem Stahlhelm und den anderen reaktionären Verbänden, gemäß dem Befehl der Reichsbanner- und SPD-Funktionäre, auch das Reichsbanner beteiligen. Zum heutigen Empfang der Ozeanflieger beiläufiger Ankunft in Bremerhaven war gleichfalls eine Delegation des Stahlhelms und des Reichsbanners zugegen.

Reichsbanner und Stahlhelm gemeinsam beim nationalsozialistischen Ozeanflugrummel. Der Zweck dieser Festlichkeiten wird dadurch erfüllt. Durch eine blödsinnige Verhimmelung der Flieger soll das Interesse der Massen von den politischen Tagesfragen — Bildung der Großen Koalition — abgelenkt und die nötige patriotische Hochstimmung zur Verherrlichung „deutscher Heldentums in der Luft“ geschaffen werden. Auch diese Massenvergiftung gehört zur ideologischen Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Die sozialdemokratischen Führer und das Reichsbanner dürfen daher nicht fehlen.

Der Kommunismus im französischen Heer

„Echo de Paris“ veröffentlicht einen Aufsatz erregenden Gehaltes gegen die kommunistische Agitation im Heer und behauptet u. a., daß „es kein Regiment in Frankreich gäbe, das nicht eine kommunistische Zelle habe.“ Im Ausschuss für nationale Verteidigung habe — wie das Blatt ausführt — Petain kürzlich vom Kriegsminister energische Maßnahmen gegen die kommunistische Partei verlangt. — Der Gehalt des französischen Blattes ist ein glänzendes Zeugnis für die vorbildliche Arbeit unserer französischen Genossen gegen den imperialistischen Krieg.

Hilferianer Roth zum Generalkaassanwalt befördert

Wie die „Münchener Post“ berichtet, ist der ehemalige nationalsozialistische Landtagsabgeordnete und Teilnehmer am Hitler-Putsch von 1923, der Justizminister a. D. Roth, zum Generalkaassanwalt am Verwaltungsgerichtshof in München befördert worden. Diese Ernennung wird amtlich bestätigt. Bekanntlich ist Hilfers und Roths Putschkumpan, der ehemalige Generalkaasskommissar v. Kahr, seit längerer Zeit Präsident des gleichnamigen obersten Verwaltungsgerichts in Bayern.

Kleine politische Nachrichten

Es dämmert ihnen... Die bürgerliche Presse berichtet: „Die fünf kommunistischen Reichstagsabgeordneten, die sich wegen ihrer gerichtlichen Verfolgung in der reichstagslosen Zeit verborgen hielten, waren, wie in unternichteten Kreisen versichert wird, nicht etwa nach Rußland geflüchtet, wie behauptet wird, sondern haben sich einzeln bei Parteifreunden in der Umgegend von Berlin verborgen gehalten.“

Bekanntlich haben die gejagten kommunistischen Abgeordneten am Wahlkampf teilgenommen und wiederholt in Versammlungen gesprochen. Doch es dauert lange, bis es der bürgerlichen Presse dämmert.

Ruhr-Epidemie in Ostoberchlesien. In Rhönitz, 18. Juni. Im Kreise Rhönitz sind zahlreiche Fälle von Ruhr-Erkrankungen festgestellt worden.

Geladener Ozeanflug der „Freundschaft“. In London, 18. Juni. Wie aus Bristol nunmehr bestätigt wird, ist das Flugzeug „Freundschaft“ der Amerikanerin Carhart bei Larnelly in Süd-wales (England), etwa sechs Kilometer von dieser Stadt entfernt, im Mündungsgebiet des Burry, kurz nach 1 Uhr mitteleuropäischer Zeit gelandet.

Sozialdemokrat, Grundhübschlieber, Faschistenfreund. Die Berliner Kriminalpolizei nahm am Sonntagabend den früheren stellvertretenden Landeshauptmann von Tirol, Bundesrat Dr. Franz Gruener, wegen des Verdachtes der Steuerhinterziehung fest. Die „Vossische Zeitung“ schreibt dazu: „Dr. Gruener, der Führer der Sozialdemokraten in Tirol, hatte im Dezember 1926 sowohl seinen Rücktritt als Bundesrat wie als Landeshauptmann-Stellvertreter vollziehen müssen, nachdem ein Brief bekannt geworden war, in dem er einem Rittmeister in Meran, auf den Namen seines Bruders eine Villa zu erwerben und ihm bei der Erwerbung der italienischen Staatsbürgerschaft behilflich zu sein. — Ein seines würdiges Mitglied der 2. Internationale und ebenbürtiger Genosse des Faschistenfreundes Thomas.“

Der Kindesmordversuch aus Not

Arbeitslosigkeit und Hungerleid — Die Folgen des § 218

Wie wir bereits meldeten, versuchte am 6. Juni 1928 in Berlin eine Frau an der Friedrichsgracht, unmittelbar in der Nähe des Spittelmarktes, ihre sechs Kinder in der Spree zu ertränken. Die beiden Kleinsten hatte sie bereits in die Spree geworfen, die vier älteren Kinder wollte sie zusammenbinden, um sie dann gemeinsam ins Wasser zu werfen. Die beiden Kinder wurden aus der Spree wieder herausgeholt und die Frau konnte daran gehindert werden, ihre Absicht mit den übrigen Kindern zu verwirklichen.

Wie kam die Frau zu dieser furchtbaren Tat?

Im Jahre 1924 wurde die Frau in der Greißwalder Straße von einem nervenkranken Arzt mit einem dicken Spazierstock über den Kopf geschlagen und mußte in der Rettungsstation verbunden werden und auch später noch in ärztlicher Behandlung bleiben. Von diesem Vorfall hatte die Frau zweifellos eine traumatische Neurose, das heißt eine Erschütterung des Nervensystems durch einen Unfall, wodurch sie besonders empfindlich wurde. Hätte die Familie aber in guten Verhältnissen gelebt, so wären die Folgen dieses Unfalles zweifellos behoben worden und die furchtbare Tat wäre nicht geschehen!

Ein Vertreter der „Roten Fahne“ hat den Ehemann aufgesucht und folgende Tatsachen festgestellt:

Die Familie Preuß, um die es sich handelt, wohnt im dritten Stod des Hinterhauses Grünstraße 2 in Berlin. Erst seit einem halben Jahre wurde diese Wohnung bezogen, während die Familie vorher in einer nassen Kellerwohnung wohnen mußte, nachdem sie aus der früheren Wohnung ermittelt worden war. Diese Ermittlung fand statt, weil der Mann arbeitslos war und infolgedessen die Miete nicht zahlen konnte. Diese frühere Wohnung befand sich in einem Hof mit einem Schuppen, in dem Teer und allerlei unnötige Geräte aufgespeichert waren, so daß auf Veranlassung des Wohnungsamtes die Wohnung geräumt und ihm die jetzige Wohnung zur Verfügung gestellt werden mußte.

Das Elend einer Arbeiterwohnung

Die Wohnung der Familie Preuß besteht aus einer Küche und

zwei Zimmern. Die Küche hat einen Tisch, drei Stühle und ein Wandbrett, ein Zimmer enthält einen Tisch, zwei Stühle und ein Bett. Das andere Zimmer enthält vier Betten, einen Tisch, zwei Stühle, eine Kommode und einen Küchenschrank. Die Tapeten sind zum Teil abgerissen. Man hat den Eindruck, als ob die Möbel aus der Wohnung entfernt worden wären, verkauft, um das Leben fristen zu können, das ist auch wahrscheinlich der Fall.

Ein halbes Jahr arbeitslos

Schon früher war Preuß einmal fast ein ganzes Jahr arbeitslos, zuletzt wieder seit 23. Januar 1928 bis auf den heutigen Tag. Er ist ungelerner Arbeiter und arbeitete längere Zeit bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft Berlin-Tempelhof, wo er einen Wochenlohn von etwa 40 Mark verdiente.

Davon mußte er monatlich 51 Mark für Miete zahlen.

Vor einiger Zeit erhielt Preuß Arbeit in der Spinnstofffabrik Zehlendorf; er konnte aber aus gesundheitlichen Gründen die Arbeit nicht fortsetzen, sondern nur vom 14. bis 19. Mai arbeiten. Da er die Arbeit wieder aufgeben mußte, so wurde ihm die Erwerbslosenunterstützung für vier Wochen entzogen. Erst nachdem er vom Gewerbeamt untersucht worden war, wurde ihm die Unterstützung wieder bewilligt, hat sie aber bis zum vergangenen Freitag noch nicht erhalten.

Not und Elend einer Arbeiterfamilie

Man kann sich denken, in welchen Nöten die Familie in diesen Monaten der Arbeitslosigkeit gelebt hat, welche Folgen die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung für eine Familie mit sechs Kindern hatte, und wie all diese Nöte auf den verhängnisvollen Nervenzustand der Frau wirken mußten. Die lange Arbeitslosigkeit, die Entziehung der Unterstützung, der Hunger der Kinder, alles das trug dazu bei, die Frau zur Verzweiflung zu treiben. Ihr Zustand verschlimmerte sich sichtbar, Verfolgungswahn trat ein, allerdings nur zeitweilig, so daß die fünf Mark, die Preuß laut an dem Tage des furchtbaren Geschehens für eine Hilfsarbeit erhielt und seiner Frau

zur Verfügung stellte, die unglückliche Frau nicht mehr von ihrer Absicht abhalten konnten.

Wie Proletariermütter Kinder gebären

In zehnjähriger Ehe hat die Frau sechs Kinder geboren. Alle Geburten waren äußerst schwer. Das älteste Kind ist 8½ Jahre, das jüngste ein halbes Jahr alt. Bei dem zweijährigen Kind trat bei der Geburt Kindbettfieber ein. Bei dem vierten Kind mußten nicht weniger als vier Ärzte aus der Frauenklinik Artilleriestraße Hilfe leisten. Auch bei dem letzten Kind war die Geburt schwer. Es ist klar, daß diese schweren Geburten den Gesundheitszustand der Frau noch mehr beeinträchtigten. Trotzdem war es natürlich nicht möglich, die Geburt der Kinder nach der Verletzung 1924 zu verhindern, weil dieser Familie ja nicht die Möglichkeiten der Wohlhabenden gegeben waren, in einer Klinik oder bei einem Hausarzt die Folgen des ehelichen Verlehrs beseitigen zu lassen, im Gegenteil, der Knüttel des § 218 sie immer bedrohte.

So haben also schwere, unverantwortliche Geburten, eine erschütternde Not, das ganze Elend einer Proletarierfamilie zehn Jahre nach der sogenannten deutschen Revolution eine an sich durch ein Trauma geschädigte Frau zur Verzweiflung getrieben.

Das furchtbare Geschehnis an der Friedrichsgracht ist eine namende Anklage gegen die jetzige Gesellschafts- und Staatsordnung, die die Proletarierfrauen zwingt, Kinder zu gebären, ohne dafür zu sorgen, daß die Kinder auch ernährt werden.

Daß es sich hier nicht, wie manche bürgerlichen Zeitungen behauptet haben, um eine schlechterdings geisteskrante Frau gehandelt hat, geht daraus hervor, daß die Frau zwar im Krankenhaus noch einige nervöse Anfälle bekommen hat, im übrigen aber ist sie durchaus wieder normal und ihrer Sinne mächtig. Die Kinder sind bis auf eins im Waisenhaus untergebracht, das älteste Kind befindet sich in Zehlendorf in einem Kinderheim. Der Ehemann Preuß hat an die Behörden das Ersuchen gestellt, ihm in einem ruhigen Vorort eine ruhige Wohnung im Tauschwege zur Verfügung zu stellen, damit die Frau, wenn sie aus dem Krankenhaus entlassen wird, nicht wieder an das graufige Geschehen erinnert wird!

Für die Frauen der arbeitenden Massen, aber auch für die Männer gilt es, mit allen Mitteln den Kampf aufzunehmen, um den furchtbaren § 218 aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen und darüber hinaus eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die das Ende des Proletarier-Elends bedeutet.

Schlesische Metallarbeiter vor dem Kampf

Zarifaufbau in Breslau und Niederschlesien — Jeder Metallarbeiter um 9,60 Mark betrogen

Ein Breslauer Metallarbeiter schreibt und: Am 1. Juli stehen die Breslauer und niederschlesischen Metallarbeiter, die Installateure, Heizungsmonteur und andere, im tariflosen Zustande, wenn nicht, was bestimmt nicht möglich sein dürfte, vorher schon Einigungen zustande kommen. In den einzelnen Branchen wird bei dem Ausstellen der Forderungen zum Arbeitszeit- und Lohnabkommen heim und selbstständig gestritten. Bei verschiedenen Gruppen auch um den Manteltarif. Dies ist auch verständlich, da ja besonders die Metallarbeiter durch das letzte Lohnabkommen betrogen, wie auch die schlechtbezahlten im Reich sind. Als im vorigen Jahre am 1. April das Lohnabkommen abgeschlossen wurde, war der Lebenshaltungsinde des Statistischen Reichsamtes, dessen Richtigkeit sogar von den Sozialdemokraten angezweifelt wird, 144,0, im Juli war er schon auf 150,0, bis Dezember stieg er auf 151,6. Das bedeutet eine Verteuerung der gesamten Lebenshaltung um 6,7 Prozent. Rechnet man jetzt die 6,7 Prozent in Lohn um, so stellt man folgendes fest:

Gelernte Metallarbeiter Gruppe 1 76 Pfennig Stundenlohn. Die 6,7 Prozent Steigerung der Lebenshaltung ergibt einen

- Verlust von 5 Pfennig die Stunde,
- Verlust von 40 Pfennig in acht Stunden,
- Verlust von 2,40 Mark in 48 Stunden,
- Verlust von 9,60 Mark im Monat.

Um 9,60 Mark den Monat hat der Metallarbeiter seine Lebenshaltung einschränken müssen. Aus diesem ergibt sich, daß auf keinen Fall mehr der Tarif auf ein Vierteljahr abgeschlossen werden darf. Die Unternehmer haben doch noch nie auf voraussichtlich eintretende Teuerung Lohnverhöhungen gemährt, sondern auf bereits eingetretene.

Den Verlust von 9,60 Mark haben die Metallarbeiter durch größeres Alfordschinden wettgemacht. Die Gruppen, die im Lohn arbeiten, haben entweder durch starkes Nachschleifenarbeiten oder ihre Frauen durch Annahme von mehr Beschäftigten und anderem den Verlust wieder ausgleichen müssen.

Man muß feststellen, daß der Reallohn ständig sinkt, trotzdem die Betriebe rationalisiert, die Ausbeutermethoden immer raffinierter werden, wozu die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Unternehmern freiwillige Dienste leisten — im Interesse der Wirtschaftsdemokratie (Große Koalition).

Diese Tatsachen müssen den Metallarbeitern zu denken geben, ob sie sich in Zukunft weiter von den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften führen lassen wollen.

Die Opposition schlägt den Kollegen zu den Lohnverhandlungen folgende Forderungen vor:

1. Arbeitszeit

Zu Ziffer 1, Absatz 1, soll es heißen: Statt 48 Stunden 46 Stunden. Ziffer 2, 3 und 4 fallen weg, für diese werden geltend: Sind Überstunden über die 46-Stunden-Woche erforderlich, so können diese nur mit Zustimmung des Betriebsrates gesehen. Diese Überstunden werden vergütet, die ersten zwei Stunden in der Woche mit 25 Prozent, weitere Stunden mit 50 Prozent.

2. Lohnabkommen

In B Lohnsätze sollen folgende Änderungen eintreten: Ziffer 1 für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1928 gelten folgende Lohnsätze:

Gruppe I: Gelernte Arbeiter		
Alter	Alfordia	Stundenlohn
über 21 Jahre	85 Pf.	90 Pf.
von 18-21	71,5 Pf.	76,5 Pf.
von 16-18	55 Pf.	63 Pf.
Gruppe II: Ungelernte Arbeiter		
über 21 Jahre	76,5 Pf.	81 Pf.
von 18-21	65 Pf.	69 Pf.
von 16-18	51 Pf.	57 Pf.
Gruppe III: Ungelernte Arbeiter		
über 21 Jahre	68 Pf.	72 Pf.
von 18-21	57,5 Pf.	62 Pf.
von 16-18	47,5 Pf.	52 Pf.
von 14-16	40 Pf.	45 Pf.
Gruppe IV: Ungelernte Arbeiterinnen		
über 21 Jahre	59,5 Pf.	63 Pf.
von 18-21	51 Pf.	55 Pf.
von 16-18	41,5 Pf.	46 Pf.
Gruppe V: Ungelernte Arbeiterinnen		
über 21 Jahre	55,5 Pf.	59,5 Pf.
von 18-21	47,5 Pf.	50 Pf.
von 16-18	41 Pf.	43 Pf.
von 14-16	36 Pf.	38 Pf.

Ziffer 2, Absatz 1, 2 und 3 bei B. Lohnsätze fallen weg. Dafür setzen: Bei Neueinstellung muß der volle Lohnsatz gezahlt werden. Die Leistungszulagen müssen nach vierwöchiger Tätigkeit im Betrieb betragen: A. Von Gruppe 1-5 20 Prozent. B. Für Auto und Karosserie, Modellierer, Werkzeugmacher, Vorzeichner, Anreicher und Autogen-Schweißer 30 Prozent.

Neue Bestimmungen für Lehrlinge
Jugendliche unter 16 Jahren sechs Stunden tag. Fortbildungunterricht ist in die Arbeitszeit zu legen und der volle Lohn zu bezahlen.

Stundenlohnätze für Werkstattelehrlinge
Allgemein im: ersten Jahre 16 Pf., zweiten Jahre 20 Pf., dritten Jahre 24 Pf., vierten Jahre 28,5 Pf.

B. Bei der Kesselschmiede und beim Tenderbau beschäftigte Lehrlinge erhalten in allen Gruppen pro Stunde zwei Pfennige mehr.

C. Die Lehrlinge, welche im Alford beschäftigt sind, erhalten die gleichen Prozente auf ihren Stundenlohn wie die in derselben Kolonne beschäftigten erwachsenen Arbeiter.

D. Alle in den Gießereibetrieben und Kupferschmieden beschäftigten Lehrlinge erhalten in allen Gruppen pro Stunde fünf Pfennige mehr.

Wenn in dem Vorschlag die 46-Stunden-Woche gefordert wird, so deshalb, weil auf Grund der kapitalistischen Rationalisierung und Ausbeutung, bei sinkenden Abzugsquellen, die Arbeitslosigkeit steigen wird. Bessere Arbeitslosigkeit sowie Verringerung der Reallohn bringen weiteres Sinken des Abzuges. Diese Tatsachen und andere sind in der deutschen kapitalistischen Wirtschaft vorhanden, und wir werden schon in Kürze eine Wirtschaftskrise erleben.

Wenn wir fordern, daß das Lohnabkommen nur bis 31. Oktober läuft, so deshalb, weil wir in Kürze das Steigen der Kohlen-, Eisen- und Viehpreise und anderem zu erwarten haben, was eine weitere Senkung des Reallohnes und die Notwendigkeit weiterer Lohnverhöhungen zur Folge haben wird.

Wir haben weiter in unserem Vorschlag die Gruppe über 24 Jahre weglassen lassen. Warum? Weil die Unternehmer immer mehr die älteren Arbeiter ausschalten und die von 21-24 Jahre heranziehen, die billiger arbeiten und schließlich auch daselbe wie die über 24 Jahre alten leisten.

Die Ungelernten sowie die jüngeren Kollegen sind hierbei näher an die Gelernten herangebracht worden. Die Differenz ist nirgendwo so groß als in Schlesien. Auch für die Lehrlinge muß mehr getan werden als bisher. In Breslau gibt es eine Anzahl Firmen, die nur Lehrlinge züchten. Bei langer Arbeitszeit und ein paar Pfennigen Lohn wirkt man sie nach dreißigjähriger Tätigkeit auf die Straße und überläßt sie ihrem Schicksal. Das, was wir hier vorschlagen, ist nur eine Mindestforderung.

Die von uns vorgeschlagenen minimalen Forderungen sind keine überspannten. Sie können erreicht werden, wenn die Kollegen einig und geschlossen den Kampf vorbereiten und bis zu Ende durchführen. Jeder organisierte Kollege muß an die Unorganisierten herantreten und sie für den Verband gewinnen.

Auf, Metallarbeiter! Zeigt den Unternehmern die Zähne!

Arbeitersport

Massenausschwimmen und Massen-Bootsausfahrt der Breslauer Arbeiter-Wassersportler.

Die Breslauer Arbeiter-Wassersportler veranstalteten am Sonntag anlässlich des „Kast“ zwischen dem Bootshaus der Freien Rudervereinigung Breslau und der Sandbrücke eine Werbeveranstaltung unter Beteiligung von über 100 Schwimmern und gegen 90 Rudern und Paddelbooten. Trotz der ungewöhnlich niedrigen Wasser- und Lufttemperaturen eine gute Teilnahme. Einige Schwimmer mußten vorzeitig das Wasser verlassen, was den nach Hunderten zählenden Zuschauern praktisch die Rettungsarbeit der beteiligten Vereine, die den Rettungsdienst als eine ihrer Hauptaufgaben betrachten, vor Augen führte. Die Boote, die die Schwimmer flankierten, führten eine Reihe wirkungsvoller Transparente mit. Einzelne dieser Inschriften lauteten: „Nicht Weltrekord, sondern Massensport!“, „Arbeiter, treibt Sport im Arbeiter-Sportverein!“ usw. Mit einem „Frei Heil“ auf die Arbeitersportbewegung schloß die wirkungsvolle Veranstaltung.

Wratkislawia I gegen Sparta I: 6:2. Es entwickelte sich gleich von Anfang an ein stotzes, schönes Spiel. In Technik war Wratkislawia überlegen, was aber Sparta durch großen Eifer wettmachte. Nach 10 Minuten ging Wratkislawia durch ihren Halbkreis in Führung. Bis zur Halbzeit erhöhten sie die Torzahl auf 4. Nach Halbzeit ließ die Mannschaft nach, und dem Eisler von Sparta war es vergönnt, den Ehrentreffer zu erzielen. Sparta, durch dieses Tor angefeuert, gelangte kurze Zeit danach zum zweiten Tore. Das wurde Wratkislawia denn doch zu stark und sie setzten wieder Dampf auf. — Weitere Resultate: Wratkislawia II gegen Sparta II: 2:2 (1:2). Wratkislawia I. Jgd. gegen Eis. Rtd. I. Jgd.: 1:0. Wratkislawia Schüler gegen Hertha Schüler: 0:2 (0:1).

Freie Turnerschaft Breslau. Die 4. und 1. Männerabteilung stellen je zehn erwachsene Genossen zum Sprechchor im Zirkus Busch. Die Genossen müssen Mittwoch 20 Uhr im Zirkus Busch erscheinen.

Freie Sportvereingung 1897. Bogabteilung. Mittwoch in der Halle Brunnstraße Training zu den Kasts-Kämpfen. Den Interessenten zur Kenntnis, daß in nächster Zeit ein Anfängerkurs beginnt.

Sportvereingung Nordost. Handballer. Mittwoch 18,30 Uhr auf dem Nordost-Platz in Dömitz, Spiel der A- und B-Mannschaft.

Die werktätige Frau

Im Frauengefängnis

Das Gefängnis ist ein Keller. Kaum groß genug für ein Duzend Menschen. Wir waren 34 Frauen. Sie konnten sich vorstellen, daß wir uns nicht austreden konnten. Tag und Nacht hockte man auf den Seuchen, vor Schmutz karranden, mit ungezehrter bedeckten Pfützen oder lehnte an der kalten, schimmeligen Mauer und starrte auf das schmale Gitterfenster draben, den hellgrauen Fleck, der sich Tageslicht nannte.

Wasser und Brot war die Nahrung. Ausnahmlos. Maßzeit um Maßzeit — alle Tage.

Was die Frauen verurteilt haben, wollen Sie wissen? Prostitution, Diebstahl, Fehlleist, Körperverletzung, die verschiedenartigsten Delikte. Angeklagt oder verurteilt. Denn die Belgrader Polizei hat nur einen Raum für Frauen. Ich war die einzige Politische. Einige mußten überhaupt nicht, warum sie da waren.

Es gab verschiedenartige, jeßame, meist armenliche Menschen. Auch eine Elegante war darunter, im Seidenkleid, gepudert und parfumiert. Sie stand die ganze Nacht aufrecht, weil sie ihre Toilette nicht beschmutzen wollte. Eine andere fiel mir auf, die Klosettfrau vom Innenministerium. Ein Kurzer vergewaltigte sie im Abort. Sie schrie. Menschen kamen herein — sie erregte öffentliches Vergessen und wurde eingesperrt. Der Verführer — in Nagranis ertröpft — ging frei aus. Größtstragische Schicksale...

Grauenhaft ist das Leben hysterischer Frauen. Die Unfähigkeit steigert das sexuelle Verlangen. Unbewußt versuchen sie es abzureagieren in kindlichem Zank, welcher sich manchmal zu tödlichem Reiben steigert. Manchmal vererbt es auch im konvulsiven Weinen oder stumpfen, wortlosen Lächeln.

Die ganze Grauenhaftigkeit dieses Daseins kann ich nicht schildern. Aber noch ein Streiflicht:

Ein Morgen, der uns die Kehle zuschnürte in Entsetzen. Zwei von den Frauen hatten sich am Liträumen des Abortes aufgehängt. Sogar der Wachtmeister ging an jedem Tage in den schweren, eisenschlagenen Stiefeln vorsichtig und die Schließer hüteten nur. Der Kadaver der Blaugewordenen, entsetzlich aussehenden Leichen warf lähmendes Entsetzen in unsere Herzen.

Von dem Tage an durften wir nicht mehr auf die Aborte. Für die Rotbürste von 30 Frauen stand ein Kübel in der Ecke. Von allen übrigen besonderen Qualen werde ich schweigen. Nur eine Begebenheit noch, die letzte und grauenvollste.

Drei Tage vor meiner Entlassung wurde eine Frau zu uns hinzugefügt. Sie gebärdete sich wie wahnsinnig. Schlag auf die Tür ein. Schläuche und schrie: „Sagt mich — mein Kindchen — mein einziges, es wartet doch!“

Sie schrie, bis sie ohnmächtig zusammenbrach. Was sie verurteilt hatte? Sie war verdächtig, Silber bei ihrer Dienstherrschaft gestohlen zu haben. Zu Hause, in der entlegenen Gartenwohnung, hatte sie ihr kleines Schränkchen eingeschlossen. Wie alle Tage, wenn sie morgens zur Arbeit ging.

Die Steinmauern sind taub. Die Schließer haben sich abgewöhnt, zu hören. Drei Tage blieb die Frau in Haft, bis sie ihre Unschuld erwies. Drei Tage des Wahnsinns, unerträgliche Qualen einer

Mutter, welche weiß, dort ist mein Betrüger, mein Junge, und wartet, daß Mütterchen kommt, wartet und weint, Tag und Nacht, wartet und wartet.

Gemeinsam freigelassen begleitete ich die Frau, führte sie, erfüllt von der Erwartung des Entsetzens, welches sich von ihr auf mich übertrug.

Nichts weiter, Genose — das Kind war verhungert — tot.

§ 218 und Zweifindersthem

Zehn Jahre „freie“ Republik Deutschland und immer noch besteht der Scheideparagraph 218, der wie ein schneidendes Schwert über den Häuptern der Frauen schwebt. Wann wird endlich dieser Unheilbringer aus dem Gesetzbuch verschwinden? Denn ihn kann man beschließen, daß er ein groß Teil Schuld an der Verarmung und Verelendung der Arbeiterklasse hat. Wie schreibt doch Professor Montagazza in seinem Buch „Physiologie der Liebe“: „Heiraten, um zu verarmen, ist eine Tugend und ein Verbrechen, Proletariat in die Welt zu setzen ist eine der schwersten Verantwortlichkeiten, die ein Mann auf sich nehmen kann.“ Und er hat recht. Wie viele proletarische Frauen können auch die Verantwortung nicht auf sich nehmen, einem Kinde das Leben zu schenken, welches schon im Mutterleibe zum Hungern verurteilt ist. Ein Kind zu gebären und an den Tisch zu setzen, wo sowieso schon sechs bis sieben Hungerige sitzen? Man würde es ja doch als übrig, als Schmälerer der eigenen großen Nation betrachten. Ist es nun deshalb ein so schweres Verbrechen, wenn eine Mutter ein noch nicht lebensfähiges Wesen zu vernichten sucht? Wenn sie ganz genau weiß, daß dieses Wesen doch nur die Not der anderen vergrößert.

Der Staat sagt zwar, es ist ein Verbrechen und muß bestraft werden. Die Kirche sagt, es ist Mord und Sünde. Denn in ihrem Buche, der Bibel, steht: „Du sollst nicht töten.“ Diese Leute waren es aber, die in dem letzten großen Völkermorden die Waffen segneten und dem Morden und Töten keinen Einhalt geboten. Weil aber der Staat sagt, es sei ein Verbrechen und den proletarischen Frauen die Verantwortung gesetzlich aufbürden wollte, schuf er den Paragraphen 218. Denn in ihm heißt es: „Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe tötet oder die Tötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Gefängnis bestraft.“ Was will nun der Staat mit diesem Paragraphen bezwecken? Will er dadurch das Leben und die Gesundheit der Frauen schützen? O nein! Er will sie zwingen, für das Kapital billige Maschinen herzustellen, damit man sie später infolge der Massenproduktion recht billig ausbeuten kann. Die Frau, welche eben nicht in der Lage ist, infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse einem Kinde das Leben zu geben, oder über ihren Körper die Selbstbestimmung behalten will, bleibt eben in den Maschen des Gesetzes hängen und büßt ihr Leben hinter Gefängnismauern, oder sie geht zu einem ihr angetanen Kurpfuscher und behält ihr Leben lang einen kranken und fieschen Körper. Wenn zu einem Facharzt zu gehen erlauben ihre Mittel nicht und sie würde auch schwerlich einen finden, der einen Eingriff bei ihr vornimmt. Wieder Geld und Not würde aber durch das Verschwinden dieses Paragraphen gemildert werden?

Denn es sterben alljährlich, wie Prof. Dr. Siepmann, Direktor des Deutschen Instituts für Frauenkunde, in seinem Vortrag im Februar 1928 ausführte, 25 000 Frauen an Abtreibung. Diesen 25 000 Frauen steht die Sterblichkeitsziffer der Tuberkulose gegenüber. Sie beträgt 31 000 jährlich. Wenn man sich nun aber bemüht, daß unter den 31 000 Todesfällen sich die Hälfte Männer befinden, so werden jährlich 9500 gesunde Frauen durch diesen Paragraphen mehr gemordet, als wie an der Volkssuche, der Tuberkulose, sterben.

2500 Personen kamen im Jahre 1920 wegen Abtreibung hinter Gefängnismauern. Wievielen Kindern wird hierdurch die Mutter genommen? Wievielen Männern die Gattin? Wievielen Kränen und Flügel sind deshalb schon zum Himmel gestiegen. Und alles bloß deshalb, weil es eine Klasse so will. Denn diese Klasse hat eine furchtbare Angst vor einer Geburtenregelung oder einem Geburtenstillstand. Für sie bedeutet es dann Profitminderung und Zugeständnisse in anderen sozialen Fragen, wo sie heute noch mit einem brutalen Nein gegenübersteht. Das traurige aber ist, daß der Arbeiter sich noch nicht bemüht hat, was er hier für ein Mittel gegen das Kapital in der Hand hat. Gerade mit diesem Mittel, dem Geburtenrückgang oder dem Ein- und Zweifindersthem könnte er dem Kapital eine furchterliche Schlappe zufügen. Und das weiß das Kapital. Deshalb sträubt es sich auch mit Händen und Füßen gegen eine Aufklärung der arbeitenden Klasse in diesen Fragen. Man könnte, wie es bisher der Fall ist, nicht mehr so Raubbau treiben mit den Arbeitskräften, sondern müßte sehr schonend mit ihnen umgehen und sie solange wie möglich zu erhalten suchen. Schon die familiäre sowie die wirtschaftliche Lage des Arbeiters würde dadurch gebessert werden. Denn es wird wohl niemand behaupten, daß es ein gesunder Zustand ist, wenn sechs, acht und mehr Personen in ein oder zwei Wohnräumen kampieren. Tuberkulose, Sexualverbrechen und englische Krankheit würden bestimmt zurückgehen, und was die Hauptsache ist, jeder Arbeiter würde wenigstens in der Lage sein, seinen Kindern eine ausgiebige Ausbildung und Erziehung zu geben. —

B. Hoffmann, Sandberg.

Nachbemerkung der Redaktion: Vorstehendes ist der erste Teil eines uns aus Sandberg zugegangenen Artikels. Den zweiten Teil werden wir in der nächsten Frauenbeilage veröffentlichen. Kritisch wollen wir bemerken, daß der Artikelschreiber die Folgen des Zweifindersthem als falsch eingeschätzt hat. Das Zweifindersthem ist keine furchtbare Waffe gegen den Kapitalismus. In Frankreich besteht das Ein- und Zweifindersthem. Die Bevölkerungszahl nimmt nicht zu. Trotzdem ist die Lage der Arbeiterklasse keineswegs als günstig zu bezeichnen. In Rußland wurden und werden viele Kinder geboren, auch jetzt, nach Aufhebung des § 218. Trotzdem war die russische Arbeiterklasse fähig, den Sieg über die Ausbeuterklasse davonzutragen. Diese Beispiele beweisen, daß man wohl den energishesten Kampf gegen den Geburtenrückgang führen muß, aber die politische Wirkung der Kinderbeschränkung nicht überschätzen darf. Das wichtigste und schärfste Mittel zur Besserung der Lage der Arbeiterklasse ist und bleibt der Klassenkampf unter Führung der kommunistischen Partei gegen die Ausbeuter.

Wir bitten unsere Leserinnen, sich zu dem Artikel zu äußern und insbesondere uns mitzuteilen, ob sie den Standpunkt des Artikelschreibers Hoffmann oder den der Redaktion in der vorstehenden Bemerkung für richtig halten. Zuschriften sind zu richten an: Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, Breslau 10, Trebnitzstraße 50.

Breslau

Die Arbeiter antworten der SPD!

Baukette Kanfern gegen die Schacherpolitik der SPD.
Für Auslösung der roten Mehrheit

Eine Belegschaftsversammlung der Baukette Kanfern nahm folgende Resolution an:

Die Belegschaft der Baukette Kanfern der A. W. hat mit Unterstützung davon Kenntnis genommen, daß in der ersten Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion entgegen dem klaren eindeutigen Vorschlag der Kommunisten, die im Stadtparlament vorhandene proletarische Mehrheit auszunutzen, abgelehnt und für bürgerliche, ja sogar deutschnationale Kandidaten zum Vorstand gekürt hat. Die heute Versammelten erblicken darin den Beweis, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion nicht gewillt ist, dem durch das Wahlergebnis zum Ausdruck gelangten Willen der Breslauer Wählerschaft, eine proletarische Politik im Stadtparlament zu treiben, Rechnung zu tragen, und erkennt ebenfalls mit klarer Deutlichkeit die bewusste Zerstückelung vor der Wahl durch die Parole: Zerstückelung des Bürgerblocks.

Als Eckstein in der Wahlversammlung bei Bräuer-Cabigstraße mit viel Lärm aber wenig Beweiskraft behauptete, nach dem 20. Mai werde über dem Breslauer Kanfern die rote Fahne wehen — riefen unsere Genossen: So seht Ihr aus! Heute sehen die Breslauer Arbeiter ein, wie es mit dem Willen der roten Fahne über dem Breslauer Kanfern bestellt ist. Die Proletarier erkennen, daß die SPD-Führer nicht daran denken, dem Willen der Wähler Rechnung zu tragen und ihre alte Schacherpolitik mit den Bürgerlichen fortzusetzen. Dem Beispiel der Arbeiter der Baukette Kanfern folgend, müssen daher die Belegschaften aller Betriebe gegen die schändliche Politik der SPD-Führer ihre Stimme erheben.

Der Kindesmord in der Friedrich-Wilhelm-Straße

Mu. Vor dem Schöffengericht wurde gestern gegen die unberechnete Arbeiterin Scholz verhandelt, die in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember v. J. ihr neugeborenes Kind getötet hat. Die Angeklagte hatte bereits zwei Kinder, als sie sich zum dritten Male schwanger fühlte. Sie befand sich damals in einer großen Notlage. Der Vater ihres zweiten Kindes, mit dem sie zusammen lebte, und der bereits Schritte unternommen hatte, sie zu ehelichen, konnte möglicherweise seine Heiratsabsichten fallen lassen, wenn nun noch ein drittes Kind hinzukam. Als sie dann am 30. Dezember, morgens gegen 3 Uhr, das Kind im Abort der elterlichen Wohnung gebar, wurde sie von der Verzweiflung gepackt und würgte das Neugeborene, in der Absicht, es zu töten. Nach der Tat begab sie sich zu Bett. Erst gegen 6 Uhr morgens fiel ihr ein, daß sie die Leiche unmöglich im Abort liegenlassen könnte, weil sie ja dort sofort entdeckt werden würde. Sie holte das Kind, stieg damit auf den Boden und warf den Körper in den Schornstein. Dort wurde er schon nach einigen Stunden durch einen zufällig gerade dort lehrenden Schornsteinfeger gefunden.

Vor Gericht machte die Angeklagte einen völlig apathischen Eindruck. Der Sachverständige, Medizinalrat Straßmann, behauptete, daß das Kind nicht durch das Würgen getötet worden sei. Es habe noch gelebt, als die Angeklagte es auf den Boden trug. Erst bei dem Fallen in den Schornstein habe es durch Schädelbruch den Tod gefunden. Wie der Sachverständige weiter ausführte, wird sich die Angeklagte bei Begehung der Tat in einem Zustande außergeräuschlicher Erregung befunden haben, wie er bei beratigen Neugeborenen üblich zu sein pflegt. Auf die Frage des Verteidigers, ob im Moment der Tat bei der Angeklagten die freie Willensbestimmung ausgeschaltet gewesen sein könne, verweigert Dr. Straßmann die Antwort. Es ist eben für arme Leute nicht so einfach, den Schutz des § 51 zugebilligt zu erhalten. — Da aus dem Sachverständigenurteil hervorging, daß durch das Würgen der Tod nicht eingetreten sei, andererseits der Angeklagten nicht widerlegt werden konnte, daß sie das Kind für tot hielt, als sie es in den Schornstein warf, ließ der Staatsanwalt die Anklage auf Kindesmord fallen und stellte den Antrag, die Angeklagte wegen versuchten Kindesmordes und jahrlänglicher Fölnis zu 1 1/2 Jahren Gefängnis zu verurteilen. Das Gericht erkannte unter Zustimmung mildernder Umstände auf die gesetzliche Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis.

So graufig die Tat anmuten mag, sie ist verständlich, wenn man das soziale Milieu betrachtet, aus dem sie gewachsen ist. Dieser letzte, schreckliche Ausweg wäre der verzweifelten Mutter erspart geblieben, wenn es keinen Abtreibungsparagrafen gäbe.

Anträge der kommunistischen Stadtverordneten fraktion

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag stehen auch einige kommunistische Anträge. Sie betreffen die Auszahlung einer Wirtschaftshilfe an die Erwerbslosen, die Aufhebung der Einlaßkarten für den Zubehörraum der Stadtverordnetenversammlung, sowie Streichung der Gebühren für Benutzung der städtischen Spiel- und Sportplätze, ein Antrag, der besonders von den Arbeiterpartnern begrüßt werden dürfte.

Das Johannisfest

Am Sonntag wurde auf dem Scheitniger Messelände das Johannisfest eröffnet. Trotz verschiedener anderer Veranstaltungen war der Besuch bereits am ersten Tage stark.

Die Veranstaltung selbst bringt neben den in früheren Jahren gesehenen Schaustellungen einige Neuheiten, so z. B. die Paul-Simmel-Stadt, ausgestattet mit lustigen Zeichnungen des bekannten Karikaturisten. Die auf einige Wochen vorgesehene Dauer des Johannisfestes dürfte noch Gelegenheit geben, ausführlicher auf seinen Inhalt einzugehen.

Strafantrag im Reichsbaubundprozess

M. Nachdem der Staatsanwaltschaftsrat Bollmann sein am Sonntagabend begonnenes Plädoyer gestern zu Ende geführt hatte, beantragte er gegen Rinnemann 3 Jahre und gegen Appelt 2 Jahre Zuchthaus; außerdem gegen beide Angeklagte je 5 Jahre Ehrverlust. Bezüglich der anderen zwei Angeklagten wurde Freispruch beantragt. Das Urteil dürfte heute gefällt werden.

Endlich Ausbau der Straßenbahn nach Carlowitz

Durch die erfolgte Eingemeindung von Carlowitz und Rosenthal soll nunmehr endlich der langgehegte Plan, die Straßenbahnlinie 2 über den Trebnitzer Platz hinaus bis nach Carlowitz hinaus zu verlängern, durchgeführt werden.

Die Durchführung dieses Planes scheiterte bisher an der zu geringen Höhe der Eisenbahnunterführung in der Trebnitzer Straße,

Der gerüffelte Schulrat in Neumarkt

Dreadnest Bresla und das Jesukind — Skandalöses Verhalten der preussischen Regierung — Beweis für den Schulrat — Kein Einschreiten gegen die Heppaffen

Bermüdete Muder, evangelische und katholische, Gesinnungsschnüffler, religiöse Heuchler aller Schattierungen machen mit Unterstützung von Ortsgeistlichen den Lehrern, die im Bereich einer nicht auf Gefangnis und Katechismus eingeschworenen Weltanschauung stehen, das Leben zur Hölle. Da die geistliche Schulaufsicht zurzeit noch nicht wieder eingeführt ist, benutzen die Muder, Musterlehrer, die in Religion gut und im Kopfrechnen schwach sind, zur Spionage. Jedes „verdächtige“ Wort, das der Lehrer in oder außerhalb der Schule spricht, wird kolportiert und zum Klatsch und Tratsch und zur Heze gegen ihn benützt. Charakteristisch für die Art, in der das schmierige Moralistenpaß mitleidige Lehrer zur Strafe bringen will, waren die Hunderte von ellen Beschimpfungen strotzenden Schmäherleie, die der Lehrer Sempel und seine Frau in Penzig erlitten, nachdem sie einem Schüler einen kernigen freidenkerischen Spruch ins Album geschrieben hatten.

Doch nicht nur Lehrer und Rektoren stehen unter der Aufsicht und Bevormundung des frechen Mudergerichtes. Vor einigen Monaten wurde der Schulrat Dr. Kurz in Neumarkt nach einer Inspektion, die er in einer Groß-Breslauer Schule während des Religionsunterrichtes abhielt, in der weitesten Weise als Gotteslästerer und Beschimpfer Jesus denunziert. Eine harmlose Aeußerung wurde in der verlogensten Art entstellt. Natürlich beteiligte sich an dieser Heze auch der Ortsgeistliche. Wir haben über diesen Fall, mit dem die preussische Regierung sich wiederholt beschäftigt hat, des öfteren berichtet. Nunmehr veröffentlicht der Preussische Pressedienst eine Erklärung des preussischen Kultusministers, die diesem Skandal die Krone aufsetzt. In dieser Erklärung wird nochmals darauf hingewiesen, daß dem Schulrat Dr. Kurz bei seinem Besuch der evangelischen Gemeindefschule in Groß-Bresla die Methode des unterrichtenden Lehrers bei dem Religionsunterricht nicht geeignet erschienen sei, den Kindern die Person und das Leben des Heilandes lebendig näher zu bringen. Dr. Kurz habe deshalb versucht, zu den Kindern über Veltshen, Jesukind und anderes anschaulicher zu sprechen. Er habe dabei Veltshen mit dem Dreadnest Bresla und das Jesukind mit einem menschlichen Widelkind verglichen. In diesem Gespräch habe er aber vulgäre Ausdrücke gebraucht, die man im Unterricht über die Kindheitsgeschichte des Heilandes nicht anwenden sollte. Es wird dann nochmals die Mitteilung gemacht von dem Protokoll, das auf Angabe des Lehrers Rose der evangelische Pfarrer ausgenommen hat, während es zweckmäßig gewesen wäre, daß sich der Lehrer beschwerde führe an die vorgesetzte Regierung gemandt hätte. Festgestellt wird, daß nach der amtlichen Untersuchung durch die

Regierung bereits mitgeteilt worden sei, daß von Gotteslästerung keine Rede sein könne (auch der Staatsanwalt schreite nicht ein), daß aber ein grober methodischer Mißgriff des Schulrats vorgelegen habe, um dessen willen die Regierung die Verurteilung des Schulrats mit einem Verweis beantragt habe. Ferner wird Bezug genommen auf die Darstellung des Superintendenten Reymann, der auch zu dem Schluß kommt, daß sich Dr. Kurz nicht in der Herabsetzung der Person Jesu ergangen habe. Die Erklärung des Ministers schließt mit folgenden Worten: Kultusminister Dr. Beder unterläßt eine Kritik des Ortsgeistlichen und seiner Kollegen in Kirchenkreisen und nimmt an, daß ihre Haltung ausschließlich durch die Befürchtung veranlaßt war, ein Schulrat habe die Schulaufsicht über den Religionsunterricht zu Gotteslästerungen mißbraucht.

Die Untersuchung hat also ergeben, daß der Schulrat, übrigens ein religiöser Sozialdemokrat, sich weder einer Gotteslästerung noch einer Herabsetzung Jesu „schuldig“ gemacht hat. Da er es aber wagte, den geheiligten Ort Veltshen mit dem Dreadnest Bresla und den Jesukindern — welsch unerhörte Unhöflichkeit — mit einem menschlichen Widelkind zu vergleichen, wird er wie ein Schulbiß gerüffelt und mit einem Verweis bestraft. Der Ortsgeistliche dagegen, der ohne gründliche Prüfung des Vorfalls die widestiefen Gerüchte über den Schulrat kolportierte, seine Aeußerungen in der unerhörtesten Art entstellte und die konfessionell eingestellte Bevölkerung gegen ihn aufhetzte, er erhält keine Rüge. So bedeutet der famose Erlass des preussischen Kultusministers — dieses würdigen Kernstückes der Weimarer Koalition — geradezu eine Ermunterung für jene Heppaffen, die geistliche Schulaufsicht von Hintertüren einzuführen.

Wenn ein religiöser Sozialdemokrat von der Harmlosigkeit des Dr. Kurz für eine Bemerkung während des Religionsunterrichtes amtlich gerüffelt wird, so kann man sich einen Begriff davon machen, was aufrechte Sozialisten, die auf dem Boden marxistischer Weltanschauung stehen und in diesem Geiste Arbeiterkinder erziehen, als Lehrer von der Regierung zu erwarten haben.

So ist dieser Erlass nicht nur ein Spiegelbild der preussischen Koalition, er beleuchtet zugleich den Charakter der Volksschule als Herrschaftsinstitut zur Erziehung gottergebener bibelgläubiger Ausbeutungsbefle. Dieser Charakter der preussischen Volksschule wird durch die Braun-Regierung und ihren Kultusminister noch in einer für alle Arbeiter eindeutigen Art unterstrichen.

die ein Durchfahren von Straßenbahnwagen nicht gestattete. Nachdem nunmehr die Unterführung umgebaut worden ist, will der Magistrat entsprechend dem Beschluß der Werkzeugsdeputation die Bahn bis zur Korso-Allee verlängern. Die Gesamtkosten betragen 350 000 Mark. Hierfür sind bereits bewilligt für den Einbau von Schienen in der Trebnitzer Straße von der Einbaumstraße bis zur Rosenthaler Brücke 140 000 Mark und für den Einbau von Schienen zwischen Trebnitzer Platz und Kleckschkastraße 54 000 Mark. Die Restkosten von 146 000 Mark für den endgültigen Ausbau sollen der Feingoldanleihe entnommen werden.

Im Interesse der Bevölkerung der eingemeindeten Orte und der Bewohner der Trebnitzer Straße fordern wir, daß mit dem endgültigen Ausbau der Straße sofort begonnen wird.

400 000 Morgen Kleinbauernland ständig durch Hochwasser bedroht

Bereisung des Bartschgebietes durch den Provinzialausschuß

Vor einigen Tagen fand eine Bereisung von Teilen des in diesem Jahre zum dritten Male vom Hochwasser geschädigten Gebietes an der Bartsch, Schägke und Horle in den Kreisen Trebnitz, Militsch, Wohlsau und Guhrau durch den Provinzialausschuß statt. An der Bereisung nahmen auch der Regierungspräsident Jaenicke, die Vorkrände der Kulturbauämter sowie die Landräte von Trebnitz, Militsch, Wohlsau und Guhrau teil. Die Fahrt ging zunächst über Trebnitz-Praschnitz in das obere Schägke-Tal bei Werdermühle, wo Herr Regierungs- und Bauart Jakob die Pläne für die Entwässerung des Schägke-Tales erläuterte. Der Vorkruder der dort begründeten Bodenverbesserungs-Gesellschaft, Tierzuchtinspektor Kettner, gab gleichzeitig Erläuterungen über die geplanten Meliorationsmaßnahmen.

Von dort ging die Fahrt weiter im Schägketal über die Brücke bei Kanterwitz nach Trachenberg, wo insbesondere der Bürgermeister und der Vorkruder der dort eingerichteten Bauabteilung zur Vorbereitung der Bartschregulierung, Regierungsbaumeister Ernstherrg, die jetzt dort bestehenden Mißstände darlegten und die Pläne für eine Regulierung der Vorflutverhältnisse in dem besonders gefährdeten Mündungsgebiet der Schägke in die Bartsch bei Trachenberg vortrugen. Besonders dringlich wies der Bürgermeister auf die Notlage der Ackerbürger hin, die durch das alljährliche Hochwasser in ihrer Existenz auf das schwerste bedroht sind. Fast 40 Prozent des gesamten Ackerbodens wurden überschwemmt. Nach der Mittagspause erfolgte die Weiterfahrt nach dem Kreise Guhrau, wobei unterwegs der Herzogsgraben, eine vollkommen verjumptete Verbindung zwischen Bartsch und Horle, und die Bartschbrücke in der Gegend von Bartschdorf besichtigt wurden.

Als Ergebnis dieser Reise kann die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände im Bartschgebiet, das eine Gesamtfläche von beinahe 400 000 Morgen umfaßt, festgestellt werden.

400 000 Morgen vorwiegend Kleinbauernland sind durch die Bartsch, Schägke und Horle ständig durch Hochwasser bedroht. Wir fordern daher nicht nur die beschleunigte Inangriffnahme der notwendigen und immer wieder von den Behörden verschobenen Flußregulierungen, sondern vor allen Dingen

sofortige finanzielle Hilfe für die schwergeschädigten Ackerbürger und Kleinbauern in den Hochwassergebieten!

Erwerbslose Parteigenossen und NSD-Kameraden!

Mittwoch, 15 Uhr, im „Turmhof“, Neue Antonienstraße, wichtige Sitzung. Alles hat zu erscheinen.

Stadtverordnetenfraktion.

Dienstag 19,30 Uhr in der „Wladislawia“, Mauritiusplatz, Fraktionsfrühung.

Rino

Weltbühne. Lucretia Borgia. Der Film schildert die Liebes- und Kreuzzugentour Cesare Borgia. Lucretia Borgia, seine Cousine, verheiratet ihn, aus Rache dafür ermordet er seinen Bruder, der sie schließt, ebenso seinen Schwager, ihren Mann. Am Schluß fällt er im Zweikampf durch einen Verehrer Lucretia Borgia. Der Film wird mit der besten deutschen Besetzung besetzt. Hervorragendes Ickel Gornat Weid, als Cesare Borgia, ihm völlig ebenbürtig ist sein getreuer Hagen, Paul Wegener, ebenso Diane Heidt als Lucretia Borgia. Glänzend ausgenommen sind die Massenszenen. Trotzdem der Film weit über dem Durchschnitt der bürgerlichen Filme steht, zeigt er deutlich die Mängel derselben, alle Handlung ist individuell, keine einzige Szene zeigt die wirkliche Ursache der damaligen Kämpfe. Dauerlich ist, daß diesem Film ein Harry-Piel-Film folgt.

Apollo-Theater. „Im Schatten der Weltstadt.“ Ein junger Beamter, der die Schönheit seiner Frau in skrupelloser Weise zu seinem Aufstieg benützt, wird ermordet. Der Sensationsprozeß gegen die Gattin endet mit ihrem Freispruch. Ihr Frauenschicksal vollendet sich in erschütternder Weise. Sie findet den Mörder, den sie in den dunkelsten Gegenden von Paris nachspürt, in der Person ihres Geliebten, um dessen willen sie ihre Unschuld nachweisen wollte. Am Schluß steht eine dunkle, bittere Frage. Der Film ist ein ergreifendes Dokument der Tragik des Lebens. Ellen Richter gelangt es ausgezeichnet, die leidende Frau in ihrem Ringen nach Freispruch und Glück darzustellen. Sonntag und Montag: „Am Rüdesheimer Schloß steht eine Linde.“

Obertor-Vielspiele. „Am Rüdesheimer Schloß steht...“ Ein Film nach dem Motiv des obengenannten schwächenden Gassenhauers. Inhalt: Lustiges Studentenleben, romantische Liebeszenen beim Mondschein unter der Linde, am Ende fährt der Graf die Tochter des Schmiedemeisters auf das Schloß seiner Väter. Ein Gemisch von verlogener Gefühlsromantik und unwahrer Darstellung. Studentenliebeshelen pflegen meist anders zu enden. Ueber dieses unideale Märchen kann auch eine geschickte Regie nicht hinwegtäuschen. Sonntag und Montag: „Im Schatten der Weltstadt.“

Mittelschlesien

Oblau. Auf dem Plauwagener Schloß. In der Nacht zum Sonntag ist auf dem Wege von Schurzwitz nach Krausenau, Kreis Oblau, die Händlerfrau Martha Ende, 35 Jahre alt, aus Weigwitz, Kreis Oblau, auf ihrem zweispännigen Plauwagener Schloß worden. Frau Ende befand sich auf der Rückkehr von Breslau nach Weigwitz. Die Tat ist vermutlich zwischen 22,15 und 0,30 Uhr ausgeführt worden. Bisher fehlt jede Spur von dem Täter, ebenso konnte das Motiv der Tat noch nicht festgestellt werden.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Dittersbach. Dienstag 19 Uhr im Jugendheim, Turnhalle, Parteimitgliederversammlung.

Kommunistischer Jugendverband
Breslau.
— Südb. Mittwoch 20 Uhr Heimabend bei Reimann, Antonienstraße 2.

— Nord. Donnerstag 19,30 Uhr bei Rübiger, Trebnitzer Straße 56, Mitgliederbuch und Beitrag mitbringen!

Roter Frontkämpfer-Bund
Breslau.
— Abt. 2. Mittwoch 20 Uhr Funktionärfrühung bei Köhner, Uferstr.

Freiburg. Arbeiterkameraden: Zu spät.
— NSD. Abt. 2 (Nord). Dienstag 19,30 Uhr Versammlung bei Ritsche, Jägerstraße 2. Gäste willkommen. Funktionärfrühung 19 Uhr.

Dittersbach. Dienstag 18 Uhr Mitgliederversammlung im besannenen Lokal. Jungfront erscheint ebenfalls.

Waldenburger Bergland

An unsere Arbeiterkorrespondenten!

In einer am Sonntag in Breslau stattgefundenen Konferenz bemängelt ein Waldenburger Genosse die Ausgestaltung des Waldenburger Lokalen Teiles.

Wie kann dem Mangel abgeholfen werden?

Durch eifrigere Berichterstattung!

Es ist weit über die Grenzen Schlesiens bekannt, daß wir gerade im Waldenburger Kohlenrevier eine Reihe anherst eifriger und politisch kluger Arbeiterkorrespondenten haben. Die Arbeiterkorrespondenten sind es, die als erste an die Verbesserung des Lokalen Teiles herangehen müssen. Meldungen über gestürzte Pferde und sonstige politisch belanglose Dinge erhält die Redaktion auch von den Zeitungskorrespondenzen, aber das, was unsere Leser, die Arbeiter, am meisten interessiert:

Berichte aus dem Arbeiterleben, von den Ausbeutungsfällen, von dem Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter und ihre Helfershelfer, von den Schandthaten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie usw.

Diese Berichte können uns nur die Arbeiterkorrespondenten beschaffen.

Arbeiterkorrespondenten, Augen auf!
Feber zückt!
Schreibt!

Groß-Waldenburg

Falsche Sammler. Am Mittwoch wurden der Händler Jenke und die beruflose Elfriede Gräber aus Breslau festgenommen, weil sie unberechtigt für den Breslauer Tierchupverein sammelten.

Leichtathletische Kreismeisterschaften für Mannschaften der Athleten

Im Stadion zu Waldenburg brachte am Sonntag der 1. Kreis Schlesiens des Arbeiter-Athleten-Bundes seine leichtathletischen Mannschaftsmeisterschaften für 1928 zum Austrag, an denen sich Schüler, Jugend, Sportlerinnen und Männer der Bundesvereine aus Breslau und Waldenburg beteiligten, während die anderen Bezirke keine Vertreter entsandten. In der Schülerklasse wurde ein Dreikampf (Kugel, Weitsprung und 75 Meter) ausgetragen. Mannschaft 6 Teilnehmer, in dem Sportvereinigung Nordost 03-Breslau mit 1074 Punkten vor „Sandow“-Ober-Waldenburg mit 972 Punkten erfolgreich blieb. Die Jugend der Freien Sportvereinigung 1897-Breslau erreichte im Vierkampf (Kugel, Weitsprung, Hochsprung und 100 Meter) 1155 Punkte. In der Männerklasse siegte im Fünfkampf (Breslau 5, Waldenburg 6 Teilnehmer) Sportvereinigung Nordost 03-Breslau mit 1148 Punkten vor „Sandow“-Ober-Waldenburg mit 599 Punkten. Die Sportlerinnen der Freien Sportvereinigung 1897-Breslau erzielten im Vierkampf (Kugel, Speerwerfen, Hochsprung und 100 Meter) 439 Punkte. Stafetten: Schüler: 4x75 Meter: 1. Sportvereinigung Nordost-Breslau, 2. Waldenburg. Jugend: 4x100 Meter: Freie Sportvereinigung 1897-Breslau 57,2 Sek. Männer: 4x100 Meter: 1. Sportvereinigung Nordost-Breslau 51,3 Sek., 2. Waldenburg 55,2 Sek. Sportlerinnen: 4x100 Meter: Freie Sportvereinigung 1897-Breslau 71 Sekunden. 3000-Meter-Lauf: 1. Kändler 11,23 Min., 2. Friebe 11,30 Min., beide Atmajaßer.

Tas im Rahmen der Kämpfe stattgefundene Fußballspiel West I Breslau gegen Sportfreunde I Waldenburg sah letztere mit 3:1 als verdiente Sieger.

Ober- und Nieder-Salzbrunn, Sandberg, Seitendorf. Helfe! Der Arbeiter-Samariter-Bund, die über das ganze Deutsche Reich verbreitete Sanitätsorganisation, die sich, wie schon ihr Name belegt, aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung zusammenschließt, hat vom preussischen Staatskommissar für die Regelung der Wohlfahrtsangelegenheiten die Genehmigung erhalten, eine öffentliche Geldsammlung zu veranstalten. Auch die Bevölkerung von Ober-Salzbrunn, Sandberg, Seitendorf, Nieder-Salzbrunn wird schon oft Gelegenheit gehabt haben, die Tätigkeit der Arbeiter-Samariter-Kolonie Ober-Salzbrunn-Sandberg zu beobachten, und mancher wird bei einem Unglücksfall, der ihm im öffentlichen Leben, im Betriebe, auf dem Sportplatz oder sonst irgendwo widerfährt, die Hilfsbereitschaft der Samariter als wohlthuend empfunden haben. Wenn am 24. und 30. Juni und 1. Juli die Arbeiter-Samariter mit einer Hausammlung

nur einmal an die Öffentlichkeit treten und Unterstützung seitens der Bevölkerung erbitten, so wolle sie niemand ab!

Oberes Revier

Ein erfolgreicher Kreuzotternjäger. Der Arbeiter Wliff Hamisch hing am Donnerstag in Kürze 18 große Kreuzottern.

Landeshut

Nachjammeltag der Arbeiter-Samariter. Der Arbeiter-Samariter-Bund veranstaltet an folgenden Tagen eine Hausammlung. In Landeshut am 16. und 23. Juni, in Oberleppersdorf am 17. Juni, in Krausendorf am 21. Juni, in Bogelsdorf am 7. Juli und in Ruhbau am 8. Juli. Die Arbeiter-Samariter-Gemeinschaften werden gebeten, keinen der ehrenamtlich tätigen Sammler abzuweisen, gilt es doch, Geldmittel zu sammeln, damit der Arbeiter-Samariter-Bund in der Lage ist, die notwendigen Anschaffungen von Sanitätsmaterialien vorzunehmen.

Königszell

Ferien und Ferien

Ein Porzellanarbeiter schreibt uns: „Wenn man als Arbeiter nicht, wie bei jeder Tarifverhandlung um den länglichen Lohn und den Urlaub gefächelt wird, so muß einem die Bournesader im Gesicht anschwellen, wenn man erleben muß, wie die angeblich notleidenden Porzellanfabrikanten ihren „großen Geistern“ gegenüber nicht freigebig sind. Vom Lohn will ich gar nicht sprechen, denn es wäre gleichbedeutend mit Aufreizung zum Klassenhaß, wenn ich von den Direktorengeldern sprechen wollte. Bekanntlich bekommt ein Arbeiter nach sechsmonatiger Beschäftigung drei Tage Urlaub. Bei 25-jähriger Ausbeutung im gleichen Betrieb 15 Tage. Bei den Herren

Direktoren ist es natürlich anders. Einer ist kaum sechs Monate hier und hat schon vier Wochen Erholungsurlaub. Ich möchte die alten Arbeiter und Arbeiterinnen fragen, sind wir es nicht wert oder bedürftig, einen gleichen Urlaub zu erhalten? Seht nach Ausland! Dort kann jeder Arbeiter seinen Urlaub von vier Wochen in einem Kurort verbringen. (Auf Deutsch: Bad Salzbrunn!) Wie wirkt sich die Nationalisierung aus? Die alten Arbeiter, welche viele Jahre hindurch ihre Knochen zu Markte getragen haben, werden als nicht mehr leistungsfähig hingestellt und sozusagen als unnützer Ballast mitgeschleppt, um bei einer passenden Gelegenheit als Arbeitsinvaliden abgebaut zu werden. Und mit den jungen Leuten — um aber selte druff und hinterher die Preise gequält. Arbeiter, moßt ihr so weiter machen? Wen nicht, dann hinein in die Gewerkschaft, den Keramischen Bund, erkämpft euch mit den Kommunisten ein Arbeiterdeutschland!

Kinder auf Landarbeit. Ein Arbeiter schreibt uns: Wenn man morgens gegen 6½ Uhr und mittags gegen 12½ Uhr die Straßen langgeht, so kann man mehrere Kastenwagen sehen, in welchen Kinder (Antipse möchte man sagen) zu den Fräulein verfrachtet werden, um dort als billige Arbeitskräfte verwendet zu werden. Ich kann es mir vorstellen, daß es in China und Indien genau so sein mag. Gewiß mag so mancher Familienvater oder manche Mutter froh sein, wenn die Kinder zu dem großen Lohn des Ernährers etwas beisteuern können, damit es vielleicht auf ein größeres Stückchen Fleisch oder ein Paar Schuhe im Jahre reicht. Aber was soll denn aus den Kindern werden, wenn sie schon so zettig in die Tretmühle des Kapitalismus gespannt werden? Gewiß mag es so manchem Kinde gut tun, Licht, Luft und Sonnenschein, aber der Zwang zur Arbeit? Ich bin der Meinung, solange die „gnädigen“ Herren ungeheuren Luxus treiben können, müssen sie auch Löhne zahlen, daß die Arbeiten von Erwachsenen ausgeführt werden können. Erwerbslose Landarbeiter gibt es genügend, natürlich zum Gratisarbeiten nicht.

Jauer

Gold und Silber. Einen überraschenden Fund machte der Landwirt Richard Jabel in Leipe beim Umbauen seiner Gebäude. In einer Strohdachhaube versteckt fand er 60 Mark in Gold und 40 Mark in Silber. Das Geld dürfte wohl von einem Diebstahl herrühren.

Niederschlesien

Görlitz

Strassenunfall. Ein schwerer Zusammenstoß eines Postautos mit der Strassenbahn auf der Berliner Straße ereignete sich Freitag vor-mittags. Das Postauto wurde so schwer beschädigt, daß es abgeschleppt werden mußte. Außer kleinen Hautabwühlungen kamen die Insassen der Strassenbahn meistens mit dem Schrecken davon.

Zusammenstoß zweier Motorräder. Auf der Landestronstraße Ecke Leipziger Straße ereignete sich ein heftiger Zusammenstoß zweier Motorradfahrer. Beide Fahrer stürzten und erlitten Verletzungen an Kopf und Knie.

Arbeitsmarktlage. Wesentliche Veränderungen oder Verbesserungen des Arbeitsmarktes sind in voriger Woche nicht zu verzeichnen. Außer einigen Vermittlungen, die aber durch neue Anmeldungen wieder ausgeglichen wurden, ist ein Sinken der Erwerbslosen nicht zu erreichen. Wenn man aber alle diejenigen mitrechnet, die angestellter sind, so erhalten wir für Görlitz immer noch eine ansehnliche Zahl von Erwerbslosen.

Achtung! Alle Mitglieder der Partei und des KZV, sowie der KZ, die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind, erscheinen am Dienstag, dem 19. 6., abends 8 Uhr im „Gefellenkeller“, zur wichtigen Besprechung. Vertreter der W. ist anwesend.

Achtung! Donnerstag, den 21. Juni, ist jeder Jungpionier auf dem Christoph-Lübers-Platz um 17,20 Uhr, wegen Sammelisten für das zweite Ferienlager.

Sagan

Begegnung mit dem Bauhütten entlassen

Der Maler Georg H. war bei der Bauhütte beschäftigt. Bei der Arbeit fiel ihm einmal Mauerputz ins Auge, wodurch er sich eine Augenentzündung zuzog. Eine Woche später erkrankte er an einem schweren Bronchialkatarrh, zu dem noch Lungenentzündung kam. Ungeachtet dieser Tatsache wurde er durch die Unram sozialdemokratische Leitung der Bauhütte fortgeschickt und ihm folgendes zynische Schreiben zugefandt: „Anbei übersenden wir Ihnen Abmeldung von der Krankenkasse, Steuer- und

Invalidentarife. Ihr Lohn folgt per Postanweisung. Da Sie zu regulär arbeiten, sind wir leider gezwungen, Sie zu entlassen.“ — Ein Privatunternehmer könnte nicht anders handeln!

Bunzlau

Den Ehemann im Schlaf verbrüht — 8 Jahre Zuchthaus

Die 31 Jahre alte Arbeiterin Auguste Bräuer aus Groß-Hartmannsdorf, die mit ihrem Ehemann in unglücklichster Ehe lebte, hatte diesen eines Morgens, als er von der Nachtschicht heimkehrte und im Schlafe lag, mit kochendem Wasser verbrüht, so daß er an den Folgen verstarb. Nun stand die Ehefrau unter der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung mit Todeserfolg vor dem Liegnitzer Schwurgericht. Bei der Verhandlung enthielt sie ein außerordentlich trauriges Bild ehelichen Lebens. Der Ehemann war groß zu seiner Frau und schlug sie häufig blutig. Das eheliche Leben gestaltete sich zu einer regelrechten Hölle. Um sich und die Kinder — die Eheleute hatten je ein uneheliches Kind — ernähren zu können, prostituierte sie sich dann regelrecht. Am 9. März d. J. kam schließlich die Katastrophe. Die Frau schlich sich an das Bett des schlafenden Mannes, hob die Decke und übergieß ihn mit kochendem Wasser. Als er erwachte und sich im Schmerz umwandte, begoß sie ihn zum zweiten Male, und als er in rasender Qual aus dem Bett springen wollte, zum dritten Male. Mehr als die Hälfte des Körpers war verbrannt. Am 19. März verstarb der Unglückselige an den entsetzlichen Brandwunden. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte zehn Jahre Zuchthaus und ebenfalls den Verlust. Das Gericht erkannte auf acht Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Aus dem Riesengebirge

Schnee im Riesengebirge. Während in der Nacht zum Sonntag das Thermometer auf dem Hochgebirge bis auf 0 Grad herabsank, fiel es in der verflochtenen Nacht sogar auf 8 Grad unter den Nullpunkt. Die Nieberschläge, die im Hirschberger Tale im Regen sich auswirkten, gingen auf dem Hochgebirge in Schnee nieder. Gestern war der Hochgebirgskamm von einer kräftigen Schneelage bedeckt.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 16. 6. bis Sonnabend, den 23. 6.
Täglich 20 Uhr
Saisonausverkauf 1928
Revue
Tette von Paul Barnay und Carl Behr
Musik von Harry Holton.

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 16. 6. bis Sonnabend, den 23. 6.
täglich 20 Uhr
Der letzte Schleier
Ein Stück in 3 Akten
von G. D. Wheatley.



Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Montag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie D 22
Der Falsch von Konjancan
Hierauf
Das Fest des Königs
Dienstag, 19 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 22
Lohengrin
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 22
Styello
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 22
Rigolon
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 22
Der Freischütz
Sonnabend, 19.30 Uhr
Abschieds-Vorstellung
Carl August Neumann
Don Juan
Sonntag, 19.30 Uhr
Die Götter

Schauspielhaus

Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr

Die singende Venus



Sie verdienen Sie täglich

10 Mark mit Schnürfinkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kltel, Leinwand, Aermelfutter, Roßhaar, Garn, Knöpfe, Kersele, Erdal
alles sehr billig prima Ware
Detail und Tages
Berth. Lippert
Breslau
Feldstr. 16
Filiale: Oberstr. 17
Weißberggasse 43

Inserate

haben in unserer Zeitung
guten Erfolg

Görlitz

PASSAGE LICHTSPIELE
Nur noch bis Donnerstag, d. 21. 6.
Zehn Tage
die die Welt erschütterten
Das gewaltigste Filmwerk aller Zeiten
Produktion: Sowkino, Moskau
Regie: S. M. Eisenstein
Hierzu Großes Beiprogramm



Alleinverkauf
Alfred Schlesinger
Breslau, Schmiedebücke 13
Denkbar günstige Teilzahlung
Eigene Reparatur-Werkstatt
Dauernde Stiefelschule

Führer durch die Geschäftswelt

Breslau-Ost			
Angenehmes Familienlokal Franz Brückner Ofener Straße 23 81646	Otto Bornschein Kolonialwaren Löschstrasse 11 Telephon 40580 81647	Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der Bäckerei von Herrmann Brockauer Str. 16 81651	Blumenhäus für Freud u. Geld Emma Adler Tauentzienstr. 165 81641
Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert in der Feinbäckerei H. Dziallas Ernststraße 4 81648	Angenehmes Familienlokal Rudolf Pech Brüderstraße 24 81650	Fischwaren-Spezialgeschäft Kurt Röhl Wormerstr. 73 81638	Angenehmes Familienlokal Wolffs Gaststätte Königsplatz Ecke Tauentzienstr. 81629
Breslau-Süd			
Angenehmes Familienlokal F. Mittwoch Sadowastraße 26 81648	Möbel auf Teilzahlung bei Fahrroth, Neudorfstr. 13 81644		
Breslau-Zentrum			
Allerfeinste Anzugs-Mehle Kolonialwaren Hermann Berger Rüterplatz 13 81649	Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Albert Seifert Hubenstraße 41 81639	„Bettfedern“ neuzeitl. Reinigung Dutschke Margaretenstr. 15 (Hofgebäude) 81638	Jeder Arbeiter kauft gut und preiswert in der Fleischerei von Karl Morawe Malergasse 23-24 81635
Weinbrand Rum :: Liköre nur bei D. Kochmann Weidenstrasse 25 81645	Schuhhaus Kloss Breite Straße 21 Maß-u.Reparatur-Werkstatt Reell u. preiswert 81642	Jeder Arbeiter kauft reell und preiswert in der Fleischerei von Wilhelm Jäckel Hummerei 29 81620	